

Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Pant-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welche Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pulsnitz: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pulsnitz, in der Amtshauptmannschaft Rammz 8 Pulsnitz; amtlich 1 mm 30 Pulsnitz und 24 Pulsnitz; Reklame 25 Pulsnitz, Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanzeifacher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Rammz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Wetzbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhessdorf, Dreinig, Hanswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Wetzbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 82

Dienstag, den 9. April 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die der Stadt gehörige frühere Bursche'sche Scheune

am sogenannten Grohmannsweeg soll im ganzen oder geteilt verpachtet werden. Pachtangebote sind umgehend, spätestens bis zum 13. d. M., beim Stadtrat — Bauamt — einzureichen.

Pulsnitz, am 8. April 1929

Der Stadtrat

Sonntag, den 21. und Montag, den 22. April 1929

Krammarkt in Pulsnitz.

Die Hiesigen haben sich vorher beim Marktmeister, Polizeikommissar Reiche, anzumelden

Pulsnitz, am 9. April 1929.

Der Stadtrat.

Mittwoch, den 10. April 1929, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz Restaurant zum „Bürgergarten“

Badeanzüge, Turnhosen, Trikothleider, Strümpfe, Kleider, Socken, Kindermützen, Jacken, Unterhosen, Kragen, Strickjacken, 14 Bündel Band, 273 kg 3er trockenes Ia. Flachsgarn (2 mal hell gekocht) u. a. m. meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 9. April 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Der Kreuzer „Emden“ ist von Port Victoria (Seydellen) nach Sabang (Pulo Weh) in See gegangen, wo er am 15. April eintreffen wird. Wie die kommunistische „Neue Zeitung“ mitteilt, ist den in Selbst anfüßigen tschechischen Kommunisten Kirschner, Fedra und Rott eröffnet worden, daß gegen sie das Ausweisungsverfahren anhängig gemacht werden wird.

Nach einem Bericht der „Münchener Zeitung“ soll nunmehr die auf der Strecke Berlin—Hamburg eingeführte Zugtelefonie auch auf anderen Strecken eingeführt werden. Es kommen in Frage die Eisenbahnstrecken München—Berlin, Berlin—Köln, Berlin—Frankfurt a. M. und Hamburg—Bremen—Köln.

Die Hieselwele an der amerikanischen Atlantikflotte hat nach New Yorker Meldungen bisher 5 Todesopfer gefordert. In einem Hotel in Kagoshima (Japan) brach am Sonntag ein Brand aus, wobei 6 Personen in den Flammen umkamen, 19 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Brandwunden. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Millionentanz.

Das Spiel mit den Millionen in unserem Reichsetat hat, so scheint es, die Erparnis der 180 Millionen gebracht. 180 Millionen erscheinen uns viel, und sie sind auch wirklich viel, aber bei einem Milliardenetat, wie wir ihn jährlich haben, könnte die Sparsumme gern höher sein. Immerhin sind 180 gesparte Millionen besser als gar keine. Erfreulich auch, daß man keine neuen Steuern einbeholdet, sondern diese 180 Millionen durch Abstriche an den einzelnen Posten gewinnen will. Die Erhöhung der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Biersteuer bleibt uns erspart. Derartige Erhöhungen hätten im übrigen viel böses Blut gegeben. Sicherlich sind uns durch den Verzicht auf diese Steuererhöhungen große innerpolitische Kämpfe erspart geblieben.

Wie sehen nun die Sparmaßnahmen aus, die man am grünen Tisch ausgearbeitet hat: Fast jedes Ministerium hat erheblich Federn lassen müssen. Für das Reichsarbeitsministerium sind die gestrichenen 45 Millionen eine ebenbürtige Bille wie die Streichung von 48,5 Millionen für das Verkehrsministerium und die 27,3 Millionen für das Reichswehrministerium. Die Einsparung bei der Reichswehr trägt weniger das Landheer als die Marine. Immerhin ist die zweite Rate für den Panzerkreuzer A nicht gestrichen worden. Sehr bedenklich erscheint die Streichung von 28 Millionen an Luftfahrtaet. Das bedeutet so viel, daß man auf den weiteren Ausbau unserer Luftfahrtindustrie und des Luftfahrtnetzes zu verzichten scheint. Unsere deutschen Flugzeugwerke, wie Junkers, sollen anscheinend keine weiteren staatlichen Unterstüßungen mehr bekommen, zum mindesten werden ihnen aber wohl die Aufträge vom Reich erheblich gekürzt werden. Auch die neue Zeppelin-Halle, die man bauen wollte, werden wir uns vorläufig wohl in den Rauch schreiben müssen. Ganz schön und gut, wenn man 28 Millionen sparen kann, es fragt sich nur, ob es nicht eine Politik auf sehr kurze Sicht ist, wenn man unsere Luftfahrtindustrie und unseren Flugdienst, die nicht zuletzt nach den Kriegen einen großen Anteil an unserem Wiederaufstieg hatten, gefährdet. Damit wird der Vorprung, den wir vor anderen Mächten trotz der langjährigen Luftfahrtnebelung gewonnen hatten, wieder aufgegeben und alles das, weil man in diesem Jahre mehrere Millionen einsparen muß. Wird es aber auch nicht zu spät sein, wenn man im nächsten oder vielleicht im übernächsten Jahre diesen Ausfall wieder gut machen will?

Es gibt sicher noch einige Posten im Reichsetat, deren Kürzung nicht so gefährlich und von so weittragender Bedeutung wäre, wie z. B. die Kürzung am Luftfahrtaet. Wenn schließlich dem Reichsverkehrsministerium 18 Millionen für Kanalbauten gestrichen werden, so fragt sich auch

Wiederaufnahme der Koalitionsverhandlungen im Reich

Haushalt und Koalitionsverhandlungen

Unter dem Vorsitz des Reichszanklers fand am Montag nachmittag eine Besprechung der Führer der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten über die innerpolitischen Folgerungen aus dem Abschluß der Staatsvereinbarung und des Steuerkompromisses statt. Von verschiedenen Fraktionsführern, vor allem von dem Volksparteiler Dr. Scholz in einer Rede in Königsberg, ist erklärt worden, daß die Bildung der Großen Koalition nun unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung des jetzt abgeschlossenen Kompromisses erfolgen könne.

Von den Zentrumsmännern sollen von Guérard das Reichsverkehrsministerium, Stegerwald und Erising das Reichsjustizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete erhalten, sofern das Zentrum die Bildung der Großen Koalition offiziell billigt. Der Großen Koalition werden Demokraten und Sozialdemokraten zustimmen, nur das Zentrum wird einige Schwierigkeiten haben, da ein Teil der Fraktion in der Opposition bleiben möchte und da

das Zentrum seine ursprüngliche Forderung nach dem Posten eines Vizekanzlers nicht durchgesetzt

hat. Die Deutsche Volkspartei hat von ihren Erparnisvorschlägen etwa zwei Drittel erreicht. Sie soll nunmehr ohne gleichzeitige Bildung der Großen Koalition in Preußen sich an der Großen Koalition im Reich beteiligen. Für den Fall der Bildung der Großen Koalition wird eine Mehrheit des Haushaltsausschusses auch gegen sachliche Bedenken der Opposition die Verhandlungen über den Etat und die Steuern beschleunigt durchzuführen versuchen. Der Reichstag könnte dann etwa Ende Juni den Etat fertiggestellt haben. Die Regierung der Großen Koalition wird im übrigen die volle Verantwortung für den Ausgang der Pariser Tributkonferenz zu tragen haben.

Es läßt sich nicht verkennen, daß bei den beschlossenen Sparmaßnahmen die Sozialdemokratie einen Erfolg im Sinne ihrer parteipolitischen Forderungen gegenüber dem Etat erreicht hat, wofür die kommenden Koalitionsparteien die Verantwortungen tragen. Immerhin beginnt auf den Lande innerhalb der Sozialdemokratischen Partei sich eine Opposition zu rühren. Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag Mecklenburgs wandte sich das Mitglied des Sozialdemokratischen Hauptvorstandes, Wephal-Berlin, da gegen, daß Abstriche am Sozialetat gemacht würden. In übrigen polemisierte er scharf gegen die Deutsche Volkspartei.

Wir zahlten 1928:

Berlin. Das Büro des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die verfügbaren Gelder und vorgenommenen Transfers in fünfsten Annuitätsjahr bis zum 31. März 1929. Danach beliefen sich die deutschen Tributzahlungen im fünfsten Reparationsjahr bis zum 31. März 1929 auf rund 1,498 1/2 Milliarden Mark. An die Gläubigerstaaten wurden über wiesen rund 1,269 Milliarden Mark. Von dieser Summe entfielen auf Frankreich rund 643 Millionen RM., auf Großbritannien rund 285 Millionen RM., auf Italien rund 93 Millionen RM. und auf Belgien rund 65 Millionen RM.

Haushalt und Koalitionsverhandlungen

Berlin, 8. April. Die parteiamtliche nationalliberale Korrespondenz gibt nunmehr ebenfalls die Ziffern für die geplanten Ersparnisse bekannt, die im wesentlichen mit denen des sozialdemokratischen

„Abend“ übereinstimmen. Lediglich bei drei Posten sind andere Zahlen als im sozialdemokratischen Organ angegeben: Beim Auswärtigen Amt, beim Reichsarbeitsministerium und beim Reichswehrministerium. Der Nationalliberalen Korrespondenz zufolge betragen die Abstriche beim Auswärtigen Amt 3,1 Mill., beim Reichsarbeitsministerium 36 172 250, 7 500 000 beim Heer und 19 881 350 bei der Reichsmarine. Diese Zahlen werden auch durch die „Germania“ bestätigt. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ betont, daß das Finanzprogramm nur durchgeführt werden könne, wenn alle Parteien sich fest daran bänden und auch weiterhin die Verpflichtung übernehmen, nicht durch einseitige Anträge finanzpolitische Folgerungen auszulösen. In Berliner politischen Kreisen hält man die Schwierigkeiten für die Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition jedoch noch nicht gelöst, da die Frage, ob die Parteien die Große Koalition „fest“ oder nur „fest auf Zeit“ (das hieße bis zur Beendigung der Reparationsverhandlungen) bilden wollen, erst noch durch die Fraktionsabstimmungen vom Dienstag geklärt werden muß. Der gute Wille zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten scheint allseitig vorhanden zu sein. Gewisse Schwierigkeiten scheitert nur noch die Frage der Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der Abstimmung über die zweite Rate des Panzerkreuzers A zu machen, eine Frage, über die der Reichszankler am Montag Abend Besprechungen mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehabt haben dürfte.

Stresemann gründet keine neue Partei.

Königsberg. Im Verlaufe des ostpreussischen Parteitages der Deutschen Volkspartei nahm Reichsminister a. D. Dr. Scholz das Wort. Er kam dabei vor allem auf die Gerüchte zu sprechen, die den Parteiführer Dr. Stresemann mit Verfassungen neuer Parteigründungen in Zusammenhang bringen. Dr. Scholz erklärte, er könne mit Bestimmtheit versichern, daß an diesen Behauptungen nicht das geringste Satzfache sei. Dr. Stresemann habe in einem Briefe an ihn vor wenigen Tagen ausdrücklich festgestellt, daß ihm die Behauptungen zu lächerlich vorgekommen seien, als daß er es überhaupt für notwendig erachtete, sich dazu zu äußern.

Severing über das Schlichtungswesen.

Gelsenkirchen. Anlässlich einer Rundgebung der sozialdemokratischen Presse Westdeutschlands in Gelsenkirchen äußerte sich Reichsinnenminister Severing ausführlich über aktuelle Fragen der deutschen Politik. Auf den durch seinen Schiedsrichter beilegenen Konflikt in der Metallindustrie Nordwest eingehend, daß, wenn die Unternehmer nach Fällung seines Spruches erklärt hätten, ihn als Schiedsrichter zum zweitenmal nicht anerkennen zu können, er ausdrücklich erklären müsse, daß er ein solches Amt zum zweitenmal keineswegs annehmen würde. Der augenblicklich gegen das Schlichtungswesen geführte Kampf sei verfehlt. Für die Aufrechterhaltung der bestehenden Schlichtungsordnung setze er sich voll und ganz ein. Dem Unternehmensmerteum müsse endlich durch Kongregation aller Gewerkschaften ein festes Bollwerk entgegengesetzt werden.

Belgische Truppenschau in Aachen.

Aachen. Die belgischen Besatzungstruppen in Aachen hielten anlässlich des Namenstages des Königs eine etwa zwei Stunden dauernde Truppenschau auf einer der Hauptverkehrsstraßen von Aachen ab, für die zu diesem Zwecke der Wagenverkehr gesperrt und der Fußgängerverkehr nach Bedürfnis der Marschkolonnen geregelt war. Die Stärke der belgischen Besatzung im Regierungsbezirk Aachen besteht zur Zeit ohne die Familienangehörigen sowie Verwaltungs- und Wirtschaftsbeamten aus etwa 7270 Mann und mehreren hundert Mann Gendarmerie.

hier, ob unsere Wirtschaft über diese Streichung sehr erfreut sein wird. Im übrigen handelt es sich ja hier gar nicht um Streichungen, sondern nur um ein Strecken von Bauraten. Also beim nächsten Reichstag wird dieser Punkt wieder zur Erörterung stehen. Glaubt man etwa, daß unsere Finanzlage dann günstiger ist? Wie diese Streichung am Kanalbau programm, so sind noch so manche Ersparnisse da, die man als unecht bezeichnen möchte, weil sie nämlich gar keine wirklichen Ersparnisse darstellen, sondern nur ein Hinausschieben von notwendigen Ausgaben bedeuten. Sicherlich hat bei den Sparverhandlungen ein gewisser Optimismus mitgespielt, der darauf hinausgeht, daß man von den Pariser Verhandlungen ein Ergebnis erwartet, das uns unsere jährlichen Tribute um einige hundert Millionen herabsetzt.

Wie steht es um die Reparationsverhandlungen in Paris? Selbst die, die vom ersten Tage an hoffnungsvoll dem Gang der Besprechungen zusehen, haben in diesen Tagen ihre zuversichtliche Stimmung abgelegt. Was uns jetzt aus Paris berichtet wird, ist durchaus nicht hoffnungsvoll. Die Zahlen, die wir gehört haben, sind einfach unannehmbar, und die acht Wochen, die man bisher für die Beratungen gebraucht hat, scheinen uns nicht einen Schritt vorwärts gebracht zu haben. Schon die Art der Verhandlungen mutet seltsam an. Vor Ostern hatten die Alliierten Dr. Schacht ihre Memoranden überreicht, denen private Besprechungen zwischen der deutschen Delegation und den einzelnen Gläubigergruppen folgten. Jede Delegation legte genau Dr. Schacht ihre Ziffern vor, und Dr. Schacht nahm sie zur Kenntnis. Der Vorsitzende der Reparationskonferenz ersuchte ihn dann, die Ziffern zu addieren und von sich aus in einer Versammlung aller Gläubiger die Summe der Einzelziffern vorzulegen. Diese Form der Verhandlung mutet sehr seltsam an. Jedenfalls hat Dr. Schacht seine ihm von der Reparationskonferenz zugeschobene Aufgabe erfüllt. Eine Stellungnahme zu der Gesamtsumme der Forderungen hat er sich aber vorbehalten. Das bedeutet soviel, daß nach der Ansicht der deutschen Delegation die vorgelegten Forderungen unannehmbar sind.

Pariser Blätter, die immer gern aus der Schule plaudern, wollen wissen, daß Amerika mit einem Plan im Hintergrunde steht, der folgende Tributzahlungen vorsieht: zwei Jahreszahlungen zu 1700 Millionen Mark, drei Jahreszahlungen zu 1900 Millionen Mark und 32 Jahreszahlungen zu 2100 Millionen Mark. Damit sollen die eigentlichen Wiedergutmachungsforderungen gedeckt sein. Weiter soll Deutschland „nur noch“ 21 Jahre lang die Kriegsschuldenzahlungen an Amerika leisten. Immer mehr wird die Absicht der Alliierten klar, die deutschen Tributzahlungen von 37 Jahren auf 58 Jahre zu verlängern. Das ist natürlich für uns gar nicht erträglich. Was nützen uns einige großmütig erlassene Millionen in den nächsten Jahren, wenn man statt dessen die Tributzahlungen ins Unendliche ausdehnen will. Die Lage in Paris ist also wenig günstig, und wenn uns die bisherigen wochenlangen Verhandlungen in Paris nicht weitergebracht haben als bis zu diesem Plan, dann ist Pessimismus durchaus berechtigt. Dr. M.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Volksbildungsverein.) Freitag, am 12. April, 20.15 Uhr, wird uns Herr Gewerbeoberlehrer Rütch einen Bericht über die Entwicklung und den Stand des Volks- und Heimvolkshochschulwesens geben. Ausgehend von deren Begründer, dem Dänen Grundtvig, wird er uns durch die Jahrzehnte bis in die Neuzeit führen. Die Heimvolkshochschule dürfte vor allen Dingen 18—30 Personen, für die sie in erster Linie da ist, von Interesse sein. Aber auch sonst dürfte diese Volkshochschule, die von vornherein auf Examen und Zeugnisse verzichtet, alle interessieren, als sie unter den vielen Schulen hierin eine besondere Ausnahme bildet. Der Eintritt ist frei. Anschließend Hauptversammlung in Zimmer 5 (siehe Anzeige).

Pulsnitz. (Berufsschule.) Um vielfache Anfragen und Zweifel, die zu bestehen scheinen, zu beseitigen, wird darauf hingewiesen: jeder Fortbildungsschulpflichtige hat dort die Berufsschule zu besuchen, wo er schläft. Er kann erst dann eine andere Schule besuchen, wenn ihm durch den zuständigen Bezirksschulrat die erforderliche Genehmigung erteilt wurde.

(Oberpfarrer Ruhn 80 Jahre.) Am 12. April vollendet Oberpfarrer i. R. Oswald Ruhn in Leipzig in geistiger und körperlicher Rüstigkeit das 80. Lebensjahr. Er war von 1875—1883 Pfarrer in Hinterhermsdorf bei Schandau, 1883—1891 Oberpfarrer in Pulsnitz, 1891—1909 Oberpfarrer in Taucha bei Leipzig. Seitdem lebt er in Leipzig Connewitz im Ruhestande. Noch heute gedenkt er besonders gern seiner seelsorgerlichen Tätigkeit in der Laufzeit.

(Alle sollen Beamte werden.) Wie aus Dresden gemeldet wird, schlägt der Verwaltungsausschuß des Landesamtsamts vor, zu empfehlen, daß sämtliche Arbeitsamtsvorstande und ihre Stellvertreter Beamteneigenschaft erhalten, soweit nicht in ihrer Person hinsichtlich ihres Alters Bedenken zu erheben sind.

(Neue D-Zug-Wagen.) Gegenwärtig werden von der Reichsbahndirektion Dresden auf einzelnen Strecken neue D-Zug-Wagen 2. und 3. Klasse ausprobiert. Es handelt sich dabei um durchweg in Stahlkonstruktion ausgeführte Wagen, die etwa 20 Meter lang sind und 59 bis 66 Personen Raum bieten. In den Wagen zweiter Klasse sind die Sitze derart angeordnet, daß sie auch zum Liegen benutzt werden können. Sämtliche Wagen sind mit elektrischer Beleuchtung und Hoch- und Niederdruckdampfheizung ausgestattet. Besondere Wert ist auf die Wasser- und Abwasser- und Toileteneinrichtungen gelegt worden. Die Versuchswagen sollen bis zu ihrer endgültigen Einführung einige Wochen in ganz Deutschland laufen, um die Wünsche des reisenden Publikums nach Möglichkeit kennenzulernen.

(Bildung von Fachabteilungen bei den Arbeitsämtern.) Wie aus Dresden gemeldet wird,

wurde auf Antrag der beteiligten wirtschaftlichen Organisationen die Bildung einer gemeinsamen Fachabteilung für Holzgewerbe in den Bezirken der Arbeitsämter Dresden und Freital mit dem Sitz in Dresden und die Bildung einer Fachabteilung für die Textilindustrie beim Arbeitsamt Leipzig angeordnet.

(Ausländerbeschäftigung in Sachsen.) Der Prüfungsausschuß für Ausländerbeschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben nahm, wie aus Dresden gemeldet wird, in seiner letzten Sitzung Stellung zu rund 320 Einsprüche und genehmigte zu den bereits von den Arbeitsämtern genehmigten 4057 ausländischen Landarbeitern die Einstellung weiterer 580 Landarbeiter. Rund 100 Einsprüche wurden zurückgewiesen. Der Prüfungsausschuß für Ausländerbeschäftigung in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben wies von rund 60 Einsprüchen gegen Nichtgenehmigung der Einstellung von Ausländern rund 50 Einsprüche zurück.

(Kann man im April noch Obstbäume, Ziersträucher und Rosen pflanzen?) Die Fachkommission für Gartenbau teilt mit: Manche Gartenbesitzer sind der Meinung, es sei jetzt schon zu spät, um junge Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Blütenstauden usw. zu pflanzen. Wer so denkt und die Pflanzung demgemäß bis zum Herbst zurückstellen würde, verlor durch dieses Hinausschieben ein ganzes Jahr. Es ist nicht nur nicht zu spät, um die Lücken in den Pflanzungen zu ergänzen oder neue Anpflanzungen vorzunehmen, sondern die richtige Pflanzzeit. Der außerordentlich strenge und anhaltende Winter hat auch die Vegetation ungewöhnlich zurückgehalten, und die bisherigen kühlen, sonnenarmen Frühlingstage haben gleichfalls dazu beigetragen, den Saftaufstieg, das Schwellen der Knospen hinauszuhalten. Die Gewächse, um die es sich handelt, befinden sich praktisch noch fast alle im Zustand der Ruhe und können deshalb mit bestem Erfolg im Laufe des Monats April, ja in diesem Jahre bis Mitte Mai, gepflanzt werden; Nadelhölzer sowie Rhododendren und andere immergrüne Laubgehölze auch später. Ist doch die Vegetation Anfang April 1929 um etwa 3—4 Wochen im Vergleich zu normalen Jahren zurück. Rosen sind in den Baumschulen im allgemeinen gut durch den Winter gekommen, weil sie dort in frostfreien Ueberwinterungsräumen eingeschlagen waren. Wenn auch der sibirische Winter in den Hausgärten viel Schaden angerichtet hat, so kommen solche Kältegrade in unseren Breiten zum Glück doch nur selten vor, ein- oder zweimal in 100 Jahren. Deshalb wird der vorausschauende Gartenfreund die erfrorenen Gehölze und Rosen durch gesunde, wüchsige Jungware ersetzen, um an dem Erfolg der Pflanzung wieder jahrzehntelange Freude haben zu können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß infolge der starken Winterverluste in den jungen Beständen der Baum- und Rosenschulen die Preise für Baumschulerzeugnisse anziehen werden. Gartenbesitzer wird deshalb empfohlen, die Bestellungen nicht hinauszuschieben. Wer bald pflanzt, hat auch umso früher Freude und Erfolg im Garten.

Elstra. (Verkehrsunfall.) Mit seinem Motorrad fuhr am Sonnabend der Steinsegelemeister Martin Preusche aus Döbel nach Bischofswerda. Infolge der Glätte verlor er in der Nähe des „Heitern Wädes“ die Gewalt über die Maschine, er wollte absteigen, kam zu Fall, schlug an einen Straußenbaum und brach das linke Schienbein. Nachdem ihm ärztliche Hilfe zuteil geworden war, brachte man den Verunglückten mittels Sanitätsautos aus Bischofswerda nach seiner Wohnung.

Schwepzig. (Wasserrohrbruch und Ueberflutung.) Vergangene Nacht gegen 2 Uhr ereignete sich unweit der Molkerei ein Wasserrohrbruch, wodurch ein Teil des Ortes überschwemmt wurde. Der ganze Teil des Ortes, der von der Hauptleitung versorgt wird, ist ohne Wasser.

Schmorkau. (Sturz infolge schadhafter Straße.) Auf der Straße zwischen Schmorkau und Schwepzig kam gestern morgen ein Motorradfahrer zum Sturz. Die Ursache ist in dem Asphalt, der durch den starken Frost sehr gelitten hat, zu suchen. Der Fahrer wurde beiseite geschleudert, kam aber mit dem Schrecken davon, während das Rad und der Beiwagen stark beschädigt wurden.

Baunzen. (Der neue wendische Oberpfarrer.) Der erste wendische Geistliche, Oberpfarrer Domschke, ist am 1. April d. J. in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger ist Pfarrer Säring in Quatz unter Beilegung der Dienstbezeichnung „Oberpfarrer“ ernannt worden.

Hermsdorf. (Großfeuer.) Im Eißobischen Grundstück, der sog. „Alten Mühle“, in dem bereits im vergangenen Jahre ein größeres Feuer ausgebrochen war, entstand in der Sonntagnacht wieder ein Schadenfeuer, das in kürzester Zeit gewaltige Ausdehnung erlangte. Bevor wirksame Löschhilfe einsetzte, stand das zweistöckige Wohnhaus mit angebauter Tischlerei und Maschinen-Schiffenfabrik in hellen Flammen. Der Komplex brannte bis auf die Umfassungsmauern vollständig ab. Von der zuständigen Gendarmerie und Beamten der Brandkommission des Kriminalamtes Dresden wurden sofort umfangreiche Ermittlungen angestellt. Der Inhaber der mittlereinstufigen Tischlerei, der bereits in Verhaftung gestanden hatte, das erste Feuer angelegt zu haben, wurde erneut festgenommen. Der entstandene Brandschaden ist sehr groß.

Dresden. (Straßensperrung.) Die Straße Lohmen—Bad Schandau wird wegen Wasserschüttungen a) vom 8. April bis mit 20. April 1929 von der Abzweigung von der Straße Lohmen—Hohnstein am Rondell bei Zschönitz bis zur Abzweigung des Weges nach Rathen in Waltersdorf und b) vom 22. bis mit 26. April 1929 vom Freibhof in Porschenhof bis zum Gasthaus in Porschenhof für allen Fahrverkehr gesperrt. Dieser wird über Hohnstein verlaufen. An Sonn- und Feiertagen wird die Sperrung aufgehoben.

Dresden. (Nicht wiederkehrende Landtagsabgeordnete.) Außer den beiden früheren Volksbildungsministern Dr. Kaiser und Dr. Seyfert, werden, wie der „Dr. Anz.“ erfährt, auch die beiden volksparteilichen Abgeordneten Direktor Beck-Herrnhut und Bezirksschulrat Köllig-Leipzig, sowie der frühere Finanzminister Dr. Dehne (Demokrat) nicht wieder kandidieren.

Dresden. (Betriebsstilllegungsanzeigen.) Im März 1929 sind beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 146 Anzeigen über beabsichtigte Stilllegung von Betrieben eingelaufen, die Zahl ist also gegenüber dem Februar, der 344 solcher Anzeigen aufwies, erfreulicherweise um fast 60% zurückgegangen. Die meisten Anzeigen, nämlich 23, stammen aus der Textilindustrie, dicht hinter ihr folgt der Maschinenbau mit 22 Anzeigen. Ein ziemlich weiter Abstand trennt ihn von der Wärferei und Stickerie, die 10 Anzeigen eingereicht hat. Mit je 6 Anzeigen sind vertreten die Herstellung von Eisen- und Stahlwaren, die Textilveredelung und die Möbelindustrie. Je 5 Anzeigen stammen aus der elektrotechnischen Industrie, der Baumwollindustrie und der Musikinstrumentenindustrie. Je 4 Anzeigen haben eingereicht die Großfeinindustrie, die Metallwarenindustrie, die Papierverarbeitung, die Papierfabrikation und das Vertriebsgewerbe, je 3 Anzeigen die chemische Großindustrie, die Lederindustrie, die Holzindustrie und die Schneiderei. Der Rest entfällt mit je 2 oder 1 Anzeige auf verschiedene andere Industrien.

Meißen. (Vom evangelischen Sachsentage in Meißen.) Aus zahlreichen Anfragen geht hervor, daß die Presse über Verlegung des Landesfestes des Evangelischen Bundes auf den Herbst mißverstanden und mit dem Evangelischen Sachsentage verwechselt worden ist. Es sei darum festgestellt: Der Evangelische Sachsentag hat nichts mit der Landesversammlung des Evangelischen Bundes zu tun. Er ist eine freie Veranstaltung von nunmehr 52 Verbänden des sächsischen Vaterlandes und findet am 5. Mai in Meißen statt. Das 40jährige Jubelfest des Evangelischen Bundes (Sächsischer Landesverein) wird vermutlich Ende Oktober in Zwickau gefeiert werden.

Leipzig. (Die Ärzte gegen die Gewerbesteuerpflicht.) Der Ärztekammerausschuß hat in seiner Sitzung vom 23. März 1929 nachstehende Entschließung zur Gewerbesteuerpflicht der freien Berufe gefaßt: „Der Ärztekammerausschuß hält die Gewerbesteuerpflicht der freien Berufe mit dem Wesen eines freien Berufes nicht vereinbar, er weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Gleichstellung der Ärzte mit den Gewerbetreibenden geeignet ist, die altüberkommenen ethischen Berufsauffassungen zu gefährden. In der vom Landtag beschlossenen Umbenennung in „Gewerbe- und Berufssteuer“ sieht er lediglich eine Verschleierung des wahren Charakters dieser Steuer. Da die Ärzte nicht in der Lage sind, die Steuer aus ihren bisherigen Einnahmen zu tragen, so werden sie gezwungen, ihre Honorare entsprechend zu erhöhen. Die Gewerbesteuerpflicht der Ärzte bedeutet somit eine Sondersteuer für die Kranken und muß auch zugleich eine Erhöhung der Soziallasten zur Folge haben. Auch ist sie geeignet, zum Schaden der Kranken neue Unruhe in das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten zu bringen. Sie bedeutet auch eine sehr weitgehende Gleichstellung mit den wirklichen Gewerbetreibenden, daß der Erlaß einer staatlichen Gebührenordnung, nicht mehr gerechtfertigt erscheint und Aufhebung der z. Zt. geltenden Gebührenordnung gefordert werden müßte.“

Chemnitz. (Neuer Sächsischer Lehrerverein.) In der am Freitag fortgesetzten Hauptversammlung des Neuen Sächsischen Lehrervereins wurden die vom Oberlehrer Schöne, Leipzig, aufgestellten Richtlinien über die Selbstverwaltung der Schule mit einigen Veränderungen angenommen. Sie besagen u. a.: Das Amt des Schulleiters ist sowohl für den inneren als auch für den äußeren Betrieb verantwortlich zu gestalten. Eine Dienstverweisung, die die Rechte und Pflichten des Schulleiters schwer abtrennt, ist aufzuheben. Der Schulleiter hat das Recht, dem Unterricht beizuwohnen. Er hat die Pflicht, Beschlüsse, die er nicht vertreten kann, der zuständigen Stelle zu melden. Der Schulleiter wird erstmalig auf 6 Jahre ernannt, erfolgt dann kein begründeter Einspruch, so gilt seine Wiederernennung auf Lebenszeit. Voraussetzung für die Durchführung dieser Richtlinien ist die Änderung des Schulwesens nach der Reichsverfassung. Die Vertreterversammlung betrachtet die Richtlinien zur Schulaufsicht als geeignete Grundlage für die weitere Behandlung der Aufsichtsrage durch die verantwortlichen Stellen. Weiter erhob die Vertreterversammlung Einspruch gegen die in den letzten Tagen vom Dresdner Lehrerverein an die Eltern der Ostern ds. J. aufzunehmenden Schulanfänger gerichtete Aufforderung, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden. Diese Handlungsweise ist eine erneute Bestätigung dafür, daß der Dresdner Lehrerverein auf weltlichen Boden steht und nicht neutral ist, wie er in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet. Zu Ehren des vom Amte des Vorsitzenden zurücktretenden Edmund Leupold wird im Neuen Sächsischen Lehrerverein eine Leupold-Stiftung errichtet. Als neuer Vorsitzender wurde Oberlehrer Born gewählt. Das Amt des Schriftleiters der Neuen Sächsischen Lehrzeitung behält Oberlehrer Leupold bei.

Zwickau. (Das Schumann-Fest verschoben.) Mit Rücksicht auf die Landtagswahlen am 12. Mai ist das Schumann-Fest auf den 1. und 2. Juni verschoben worden. Die auswärtigen Solisten und die Gewandhauskapelle Leipzig sind auch für diese Tage verpflichtet worden.

Frohbürg. (Eingegangene Zeitung.) Der im 55. Jahrgange stehende „Lokalanzeiger für Frohbürg, Geithain, Rohren, Regis-Breitungen“ (vorm. „Frohbürger Wochenblatt“) hat mit dem 28. März sein Erscheinen eingestellt.

Beginn der Verwaltungsreform?

I.

Die „Revidierte Städteordnung“ vom 24. April 1873 bestimmte in Paragraph 1, daß jede Stadt, deren Einwohnerzahl bei der letzten Volkszählung nicht 6000 betragen habe, sich durch ihre gesetzlichen Vertreter bis zum 1. Oktober 1873 zu erklären hatte, ob sie sich unter die Revidierte Städteordnung stellen oder ihre Verfassung nach der „Städteordnung für mittlere und kleine Städte“ ordnen wolle. Die damaligen Vertreter der Stadtgemeinde Pulsnitz, sowohl im Rats- als auch im Stadtverordnetenkollegium, erkannten ausnahmslos die Wichtigkeit und die Bedeutung der neuen Gesetzesvorschrift auch für die Stadt Pulsnitz und haben unter Führung des damaligen Bürgermeisters, des „Advokaten“ Voße, die entsprechenden Beschlüsse in dem Sinne gefaßt, daß Pulsnitz mit Wirkung vom 1. Oktober 1873 ab die Revidierte Städteordnung annahm. Aus den damals ergangenen Akten dürfte auch heute noch für die Öffentlichkeit folgende Begründung von erheblichem Interesse sein:

„Man fand sich hierseits zur Annahme der Revidierten Städteordnung und nicht der Städteordnung für mittlere und kleine Städte bewogen:

1. weil man in Annahme der Revidierten Städteordnung zuvörderst einen Fortschritt erblickte, während man bei Annahme der Städteordnung für mittlere und kleine Städte einen Rückschritt zu thun glaubte, indem bei Annahme der letzteren:

- a) der Stadtrath von Pulsnitz seiner verwaltungsrechtlichen Kompetenzen entkleidet,
- b) in seiner Polizeigewalt noch mehr beschränkt werden würde, als bisher, da in Städten zweiter Ordnung lediglich der Bürgermeister als Beauftragter des Amtshauptmanns die Polizeigewalt ausübt,
- c) der Stadtrath dem Amtshauptmann subordiniert ist;

2. weil in Städten mit der Revidierten Städteordnung der Stadtrath eo ipso Schulcollator wird, während in Städten zweiter Ordnung, solange solche nicht mindestens 10 Lehrstellen an den Volksschulen der confessionellen Mehrheit zu besetzen haben, das Collaturrecht vom Amtshauptmann und Bezirkschulinspektor ausgeübt wird;

3. weil man hierseits sich der Überzeugung nicht verschließen kann, daß Pulsnitz jetzt und noch mehr zukünftig an der Spitze seiner Verwaltungsgeschäfte einen Juristen braucht, indem ein Nichtjurist an der Spitze derselben nach ausdrücklicher Vorschrift der Städteordnung gleichfalls zu besetzen ist und in vielen Fällen des Rathes eines Juristen nicht würde entbehren können.

Man verhehlte sich nicht, daß bei Einführung der Revidierten Städteordnung der Verwaltungsaufwand ein größerer, als bisher sein würde, da dem Bürgermeister und seinem Personale in Zukunft weit mehr als jetzt obliegen würde und um deswillen entsprechend zu entschädigen sei.“

Zu Punkt 2 vorstehender Begründung ist zu bemerken, daß „Schulcollator“ etwas anderes ist als „Schulinspektion“. Die Stadträte der Städte, die die Revidierte Städteordnung annahmen, wurden gemäß § 34 des Gesetzes, das Volksschulwesen betreffend, vom 26. April 1873 und 15. Oktober 1873 „Coinspettor“ der Bezirksschulinspektion, während für alle anderen Städte und Gemeinden insoweit der zuständige Amtshauptmann der „Coinspettor“ wurde.

II.

Seit jenen für den Entwicklungsgang der Stadt Pulsnitz denkwürdigen Tagen des Fortschrittes sind bis zum Inkrafttreten der „Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen“ bzw. bis zum heutigen Tage rund 50 bzw. 55 Jahre vergangen. Es liegt auf der Hand, daß innerhalb gewisser größerer Zeitabschnitte die Gesamtentwicklung eines Staatswesens es bedingen kann, daß auch althergebrachte und grundsätzlich bewährte Rechte von Einzelpersonen wie von Gemeinden dem Allgemeininteresse zu weichen haben. Diese Tatsache wird aber stets ihre Grenze dort zu finden haben, wo zweifelsfrei feststeht, daß eine Neuerung nichts Besseres an Stelle des Alten, Guten bringt, oder wenn gar gesagt werden muß, daß die Neuerung sowohl für das allgemeine Ganze als auch für die einzelne Körperschaft oder eine Gemeinde Nachteile im Gefolge hat.

Die Sächsische Gemeindeordnung von 1923 in der Fassung vom 15. Juni 1925 hat unbestritten in vieler Beziehung der fortschrittlichen Entwicklung des Landes und der Gemeinden Rechnung getragen, wenn man auch hinsichtlich mancher Einzelheiten, zum Beispiel hinsichtlich einer gewissen Gleichmacherei gegenüber den Gemeinden und den Vorständen dieser Gemeinden, anderer Meinung sein kann. Auf alle Fälle hat aber die Sächsische Gemeindeordnung es nicht fertig gebracht, alle Punkte endgültig zu regeln, sondern sie hat in der Erwartung, daß nach einer Reihe von Jahren die Weiterentwicklung des Staats- und Gemeindelebens neue Gesichtspunkte für eine Regelung bringen könnte, manche Fragen offen gelassen, so z. B. die der Abgrenzung der Bezirksverbände (§ 143) und die der Regelung der Staatsaufsicht über die Stadtgemeinden, welche vor dem Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung der Revidierten Städteordnung unterstanden (§ 176). In Absatz 4 des letztgenannten Paragraphen ist nämlich Folgendes bestimmt worden:

„Die Aufsicht über nicht bezirksfreie Gemeinden, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes der Revidierten Städteordnung unterstellt waren, hat das Ministerium des

Innern auf Antrag der Gemeinde für die nächsten fünf Jahre der Kreishauptmannschaft zu übertragen.“

Bis auf eine Stadt haben dann auch sämtliche vormaligen Revidierten Städte den Antrag gestellt und sind dementsprechend den Kreishauptmannschaften unterstellt geblieben. Der Grund für diese vorläufig weitere Ausnahmestellung der vormaligen Revidierten Städte war bereits damals darin zu erblicken, daß man hoffte, daß innerhalb der nächsten 5 Jahre, also bis zum 31. März 1929, für den Freistaat Sachsen eine Reform wenigstens der inneren Verwaltung usw. zustande käme. Näheres hierüber können Befestigte aus den damaligen amtlichen Berichten über die diesbezüglichen Landtagsverhandlungen in Erfahrung bringen. Geschehen ist aber innerhalb der 5 Jahre nichts, höchstens, daß ab und zu einmal ein Erster Bürgermeister zum Oberbürgermeister und ein gewöhnlicher (oder einziger) Bürgermeister zum Ersten Bürgermeister ernannt wurde, zum Teil aus Verdienst, zum Teil, weil die Stadt durch Einverleibungen größer wurde.

III.

Heute nun, nachdem der Schrei nach einer „Verwaltungsreform“ von allen berufenen und unberufenen Seiten ertönt und zusätzlich auch die Frist der 5 Jahre für die Unterstellung der Revidierten Städte unter die Kreishauptmannschaften abläuft, hat der Sächsische Landtag kurz vor seinem Ende schnell noch ein eigentümliches Kompromiß beschloffen. Darnach ist ein Antrag Blüher, welcher in seinem Haupttheile wünschte, daß wegen der ungeklärten Verwaltungsreformfrage die Revidierten Städte wenigstens noch etwa 2 Jahre unter der Aufsicht der Kreishauptmannschaften bleiben sollten, ins Wasser gefallen, wogegen nunmehr fast alle Amts- und sonstigen Zeitungsblätter folgende Verfügung des Ministeriums des Innern bekannt geben:

„Aufsicht der Städte.“

Dieserjenigen nicht bezirksfreien Städte, die früher der Revidierten Städteordnung unterstellt waren und nach Inkrafttreten der Gemeindeordnung unter der Aufsicht der Kreishauptmannschaften verblieben sind, werden vom 1. April d. J. ab den Amtshauptmannschaften unterstellt, soweit das Ministerium des Innern nicht Ausnahmen von den Vorschriften der Gem.-D. bewilligt hat. (§ 176 Gemeindeordnung.)

Ausnahmen sind für die nachstehend aufgeführten Städte bewilligt worden, die infolgedessen weiter unter Aufsicht der Kreishauptmannschaften verbleiben. II G: 217 p. G.

Dresden, den 28. März 1929.

Ministerium des Innern.

Annaberg, Auerbach, Borna, Falkenstein, Frankenberg, Grimma, Großenhain, Hohenstein-Ernstthal, Kamenz, Lichtenstein-Gallenberg, Limbach, Löbau, Delsnitz i. B., Obernau, Oschatz, Rabenberg, Sebnitz, Schwarzenberg, Stollberg und Waldheim.“

IV.

Diese Verordnung des Ministeriums des Innern fordert zu einer Kritik heraus, und damit verbunden ist naturgemäß eine Kritik des Verhaltens des abgetretenen Landtages sowie seines Rechtsausschusses. Wie die Kritik ausfallen muß, ergeben die nachstehenden, absichtlich kurzgehaltenen Gesichtspunkte:

a) Nach der oben zitierten Verordnung des Innenministeriums gibt es nunmehr in Sachsen, abgesehen von den Landgemeinden, die auch wieder verschiedene Befugnisse haben, mindestens 6 verschiedenartig ausgestattete Städte, nämlich:

- Großstädte (wozu sich auch Plauen und Zwickau rechnen),
- bezirksfreie Städte,
- vormaligen Revidierte Städte, die einer Kreishauptmannschaft unterstehen,
- vormaligen Revidierte Städte, die einer Amtshauptmannschaft unterstehen,
- sogenannte „Titularstädte“ (das sind Landgemeinden, die eine größere Einwohnerzahl aufweisen und sich, ohne es zu sein, Städte nennen dürfen),
- schließlich noch die „Landstädte“, die früher der Städteordnung für mittlere und kleine Städte unterworfen waren.

Der Freistaat Sachsen dürfte mit einer derartigen scharfsinnigen Gliederung seiner Städte wohl einzig dastehen.

b) Der Grund, warum diejenigen vormaligen Revidierten Städte, welche weniger als 10 000 Einwohner zählen, den Amtshauptmannschaften unterstellt werden mußten, ist darin zu suchen, daß nach der Auffassung des letzten Innenministeriums die Kreishauptmannschaften entbehrlich seien (dies allerdings auch nur mit dem Zugeständnis, daß anstelle der Kreishauptmannschaften zwei bis drei Verwaltungsgerichte errichtet werden sollten!) Gleichzeitig hat sich aber die Auffassung des Innenministeriums hierüber insoweit geändert, als es nunmehr überzeugt ist, daß der geplante Abbau der Kreishauptmannschaften nicht plötzlich, sondern nur allmählich im Laufe einiger Jahre vor sich gehen kann. Gerade aus letzterem Grunde ist es völlig unverständlich, warum dann unbedingt sofort mit dem 1. April 1929 die kleineren vormaligen Revidierten Städte der Dienstaufsicht der Kreishauptmannschaft entzogen werden mußten. Diese Maßnahme hatte mindestens noch so lange Zeit, bis die Art und Weise, wie man die Kreishauptmannschaften abbauen wollte, feststand. Dazu kommt noch, daß es überhaupt zweifelhaft ist, ob die Kreishauptmannschaften ab-

gebaut werden. Noch zweifelhafter wird dies jetzt, wo man ja gar nicht wissen kann, welche Stellung zu dieser Frage der neue Landtag und damit auch die neue Regierung einnehmen werden.

c) Wenn aber wirklich das Innenministerium und der Landtag glauben, daß die Bestimmung des Paragraphen 176 Absatz 4 der Gemeindeordnung mit dem 1. April 1929 schlechthin ablaufen mußte, so ist nicht einzusehen, warum hinsichtlich der vormaligen Revidierten Städte eine Unterscheidung eingeführt wurde. Im allgemeinen ist der Aufbau und die verwaltungstechnische Einrichtung einer vormaligen Revidierten Stadt bei allen dieselbe, ganz gleich, ob sie 15 000 oder 10 000 oder 5 000 Einwohner hat. Hierzu kommt, daß das Unterscheidungsmerkmal: 10 000 Einwohner! vollkommen willkürlich ge-griffen ist. Es ist durchaus möglich, daß eine Stadt von 8000 Einwohnern auf einer viel entwickelteren Verwaltungsebene steht, als beispielsweise eine Stadtgemeinde von 12 000 bis 13 000 Einwohnern. Ferner wird das Unterscheidungsmerkmal der Einwohnerzahl vor 10 000 mit besonderem Mißmute diejenigen Städte erfüllen, welche an eine Einwohnerzahl von 10 000 nahe heranreichen.

Wenn also unbedingt aus uns nicht näher ersichtlichen Gründen die vormaligen Revidierten Städte unter die Dienstaufsicht der Amtshauptmannschaften gestellt werden mußten, so war es recht und billig, daß dies hinsichtlich aller vormaligen Revidierten Städte geschah, oder eben ganz unterblieb.

d) Rein rechtlich betrachtet ist die Verfügung des Innenministeriums hinsichtlich der Städte, welche der Dienstaufsicht der Kreishauptmannschaften weiter unterstehen sollen, nicht ganz zweifelsfrei. Die Ausnahmebewilligung für die Städte über 10 000 Einwohner stützt sich auf Paragraph 197 der Gemeindeordnung, welcher besagt:

„In besonderen Fällen kann das Ministerium des Innern auf Antrag des Selbstverwaltungskörpers nach Gehör der ihm übergeordneten Beschlussbehörden und der Gemeindekammer von den Bestimmungen dieses Gesetzes befreien.“

Als die Sächsische Gemeindeordnung, insbesondere also damit auch ihre Paragraphen 176 und 197 geschaffen wurden, war es aber Tatsache, daß damals bereits eine ganze Reihe von vormaligen Revidierten Städten bestand, welche über 10 000 Einwohner hatten. Es stellt deshalb die oben angezogene Verordnung des Innenministeriums „Aufsicht über Städte“ zum mindesten eine künstliche Konstruktion eines „besonderen Ausnahmefalles“ dar, um eben dem Kompromiß des Landtages gerecht zu werden. An sich müßte es doch grundsätzlich ausgeschlossen sein, daß für eine Tatsache, welche bei Erlaß eines Gesetzes bereits besteht, nachträglich, ohne daß das Gesetz geändert wird, eine Ausnahme oder ein besonderer Ausnahmefall konstruiert wird. Aus diesem Gesichtspunkte heraus ist auch unter vielen Verwaltungsjuristen die Auffassung verbreitet, daß die mehr erwähnte Verordnung des Innenministeriums rechtsungültig ist.

e) Besonders hingewiesen werden möchte noch darauf, daß es verwaltungsrechtlich ein vollkommenes Novum ist, wenn eine Behörde über eine gleichgeordnete Behörde die „Dienstaufsicht“ führen soll. Es muß hierbei ausdrücklich festgestellt werden, daß die vormaligen Revidierten Städte, welche nunmehr, wenigstens bis auf weiteres, der Dienstaufsicht einer Amtshauptmannschaft unterstehen, die Befugnisse einer Behörde behalten, der die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde voll übertragen sind. Etwas anderes ist aber die Amtshauptmannschaft als solche auch nicht. Hoffentlich wird es sich vermeiden lassen, daß sich aus dieser zum Teil gleichgeordneten, zum Teil untergeordneten Stellung der Städte zu den Amtshauptmannschaften Schwierigkeiten ergeben, die sich doch wohl nur zum Nachtheile der betroffenen Einwohnerschaften auswirken würden. Auch insoweit erscheint die Unterstellung der kleineren vormaligen Revidierten Städte rechtlich nicht bedenkensfrei. Streitfälle werden eine Klärung im Instanzenzuge ermöglichen.

f) Schließlich muß mit aller Deutlichkeit noch die Frage aufgeworfen werden, was denn nun eigentlich diese veränderte Dienstaufsicht mit einer praktischen Verwaltungsreform zu tun hat, welche doch in erster Linie dazu da sein soll, den Bürgern und Steuerzahlern den Verkehr mit den Behörden zu erleichtern, sowie sie hinsichtlich der sie jetzt stark drückenden Steuern zu entlasten. Kenner der Verhältnisse können sich insoweit von der neu getroffenen ministeriellen Verwaltungsmaßnahme nichts versprechen. Daß sogar das Gegenteil eintreten kann, beweist ein jetzt aktueller Fall:

Während früher die vormaligen Revidierten Städte hinsichtlich der Wahlen zum Landtage unmittelbar mit dem Kreiswahlleiter — Pulsnitz also mit der Kreishauptmannschaft Dresden — in Verbindung standen, werden jetzt hinsichtlich der Städte, die nicht mehr einer Kreishauptmannschaft unterstellt sind, alle Wahlangelegenheiten durch die neu zuständig gewordene Amtshauptmannschaft geleitet, was natürlich mehr Arbeit, Schreibereien, mehr Porto und sonstige Auslagen verursacht, als der frühere Zustand! Wenn allmählich hinsichtlich anderer Dienstgeschäfte der kleineren vormaligen Revidierten Städte ähnlich verfahren werden wird, dann kann es allerdings eintreten, daß die Amtshauptmannschaften erheblich an überflüssigen Dienstgeschäften zunehmen, erhöhten Aufwand haben, mehr Beamte und Angestellte einstellen müssen, während der dem Staate treu ergebene Bürger immer noch auf eine Verwaltungsreform und eine Verwaltungsverbilligung, leider wahrscheinlich vergeblich, hofft und hoffen wird!

Fortsetzung folgt.



Männergesangsverein zu Pulsnitz
Mittwoch 1/9 Uhr:
Gemütliches Beisammensein im Herrenhaus

Volkshilfsverein Pulsnitz
Freitag, am 12. April **Hauptversammlung**
Stadtschule, Zimmer 5
1. Jahresbericht. 2. Neuer Arbeitsplan. 3. Kassenbericht. 4. Wahlen.
5. Verschiedenes.
Die Mitglieder des Arbeitsausschusses versammeln 1945.

Wir eröffnen **Freitag**, den 19. April, in der **Schule**
2 Lehrgänge in Einheitskurzschrift
um 6 Uhr f. jugendliche, 1/8 Uhr f. ältere Personen. — Anmeldungen beim Unterrichtsleiter.
Stenographenverein „Gabelberger“
Söhnel, staatl. gepr. Lehrer der Kurzschrift.

Anlässlich der Verlegung unserer Verkaufsstelle nach
Pulsnitz, Bismarckplatz 15
geben wir vom 3. bis 13./4. 1929
— also 10 Tage lang —
umsonst
bei einem Einkauf von 3 Mark an
1 Pfd. feinstes Kaiser-Auszugs-Weizenmehl
bei RM 1,50 1/2 Pfd. desgl. Außerdem
6% Rabatt
Dabei unsere gewohnten billigen Preise, z. B.
6 Tafeln Crem-Schokolade je 100 gr. für nur RM 1.—
5 Tafeln Erdnuß-Vollmilch-Schok. je 100 gr. für nur RM 1.—
1 Pfd. Kakaopulver, gar. rein für nur RM 0.85
1/4 Pfd. gebr. Kaffee von RM 0.70 an
Keks, Waffeln und Gebäck z. Tüten füllen Pfd v. 0.80 an
Inzwischen haben wir, den Wünschen unserer Kundschaft entsprechend, **Konserven, Mehl, Trockengemüse, Tee, Kaffee, Kaffeezusätze, Maggi, Oetker-Erzeugnisse, Seife usw.** aufgenommen, und bitten, überzeugen Sie sich durch einen Versuch!
„KURI“

Nähmaschinen
Gritzner • Frister & Roßmann
Bestes deutsches Fabrikat!
Heinrich Kießig, Bischheim

DIES

sollten Sie als erfahrener Geschäftsmann nun allmählich wissen:
ohne die werbende Kraft der Zeitungsanzeige gibt es keine Steigerung des Umsatzes!

Steinbruch-Verpachtung
Der auf hies. Rittergutsflur gelegene **Granitsteinbruch** ist zu verpachten. Pachtinteressenten erhalten Auskunft durch die **Rittergutsverwaltung Reichenbach**
Post Königsbrück i. Sa.

Für geistig Regsame
Wir Menschen von heute und morgen brauchen für stille Stunden, für die Zeit der Ruhe und Erholung, mehr als bisher eine geistige Kraftquelle, aus der immer neue Energien für den harten Kampf des Alltags geschöpft werden können.
„Westermanns Monatshefte“ sind — Tausende von Leserurteilen bestätigen es — allzeit mit Erfolg bestrebt gewesen und weiterhin bestrebt, nur wirklich wertvolle und bleibende geistige Güter zu vermitteln.
Der Aufstieg dieser Zeitschrift, deren Entwicklungs-

geschichte mehr als zwei Menschenalter umfasst, garantiert auch Ihnen für einen nie verjagenden Vorrat reichen Wissens und köstlicher Unterhaltung.
Ein Abonnement auf Westermanns Monatshefte bedeutet für Sie und für alle, denen Sie eine wirkliche und bleibende Freude bereiten wollen, eine Goldgrube, eine Kapitalsanlage für den Geist.
Füllen Sie bitte den nachstehenden Gutschein aus. Der Verlag von Westermanns Monatsheften schickt Ihnen dann ein Probeheft.

Kaufstellen und Einblendungen

Gutschein an den Verlag Georg Westermann, Braunschweig
Gegen Einfindung dieses Gutscheines und 30 Pf. Porto — liegen in Marken bei — sind auf Postcheckkonto Hannover 1905 unter Georg Westermann, Braunschweig, eingezahlt — erhalten diejenigen Leser dieser Zeitung, die Interesse an Westermanns Monatsheften haben, ein Probeheft im Werte von 2 Mark gratis.

Name, Beruf, genaue Adresse

„Liederhain“
Morgen, Mittwoch: **Übungstunde.**
Erscheinen aller ist Pflicht.
Der Gesamtvorstand.
Gebrauchter, sehr gut erhalt. Kinderwagen
preiswert zu verkaufen. Zu erfr. in der Tagesblatt-Geschäftsstelle
Guterhaltener Kinderwagen sowie 1 Herrenfahrrad
preiswert zu verkaufen.
Dr. Michael-Str. 1, I (an der Schule).
Ein moderner, fast neuer Kinderwagen
zu verkaufen. — Zu erfragen in der Tagesblatt-Geschäftsstelle

Sehr gut erhaltene **Küchen-Einrichtung**
preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen in der Tagesblatt-Geschäftsstelle.
10 000 St. Mauerziegel
sind preiswert abzugeben.
Oberlichtenau Nr. 104
Motorrad
350 ccm, sehr gut erhalten, krankheitshalber sofort zu verkaufen. — Zu erfragen in der Tagesblatt-Geschäftsstelle.
Besuchs-Karten
fertigen sauber
E. L. Försters Erben

Keine Angst vor Krankheiten!
Der gesunde Körper ist normal, nicht der kranke. Man habe nur den Mut, gesund zu sein. Und wenn man doch einmal krank wird? **Felix Reinhard** weist in seiner neuen **Heilkunde für Alle** in jedem Fall den richtigen Weg und die richtigen Mittel zur Genesung. Das Buch ist eine überragende Leistung. Ein stattlicher Band, 926 Seiten Lexikonformat, 475 Bilder, tadellos gedruckt, vornehm in Ganzleinen gebunden 30 Mark. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Lese- und Bildproben in den Buchhandlungen kostenlos oder durch den
VERLAG HERDER / FREIBURG IM BREISGAU

Der Bahnhof des Vatikans wird gebaut.

Die zukünftige **Vatikan-Bahn**, eine Verbindungslinie von der **Strecke Rom-Viterbo** nach dem Vatikan, deren Bau bereits in Angriff genommen wurde, wird nicht hinter der Peterskirche enden. Wie unser Bild zeigt, werden an der Rückseite der Kirche kleine Häuser abgerissen, um dem vatikanischen Bahnhof Platz zu machen.

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

= Nachruf. =
Durch den Tod des Herrn
Oberlehrer Otto Gräfe
verlor die hiesige Volksschule einen gewissenhaften, pflicht-treuen Lehrer, das Lehrerkollegium einen ernsten und besonnenen Mitarbeiter. Ehre seinem Andenken!
Pulsnitz, den 8. April 1929.
Der Schulausschuß Die Lehrerschaft der Volksschule
Bürgermeister Kannegiesser Schulleiter Ulbricht

Heute früh 4 Uhr verschied nach längerem schweren Leiden kurz vor ihrem 74. Geburtstag unsere innigstgeliebte Mutter, Großmutter und Schwiegermutter
Frau verw. Kommerzienrat Olga Hofmann
geb. Feilgenhauer
Mitinhaberin der Firma Theodor Hofmann, Thum i. Erzgeb.
Alle, die die Heimgegangene gekannt haben, werden unsern Schmerz ermesen können
Thum i. Erzgeb., Dresden, Lauter i. Erzgeb., den 8 April 1929.
In tiefer Trauer
Consul Paul Hofmann und Frau
nebst Tochter Elfriede
Hans Hofmann und Frau
nebst Sohn Werner und Braut
Alexis Gnüchtel und Frau geb. Hofmann
Die Beerdigung der teuren Entschlafenen findet Donnerstag, den 11. April 1929, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen Abstand zu nehmen.

Pulsniher Tageblatt

Dienstag, 9. April 1929

Beilage zu Nr. 82

81. Jahrgang

Volk ohne Raum

Zehntausende von Deutschen und unter ihnen auch tausende von Sachsen verlassen alljährlich die Heimat, um in überseeischen Ländern Erwerb zu suchen. Im Jahre 1928 waren es 2715 Personen, 1472 männliche und 1243 weibliche, die aus Sachsen nach Übersee auswanderten. Gegenüber der Auswandererziffer von 1927, die 3050 war, bedeutete das einen immerhin nicht unerheblichen Rückgang, wie auch in der gesamtdeutschen Auswanderung die letzten Jahre einen leichten Rückgang brachten (1926: 65280; 1927: 61379; 1928: 57200). Von den sächsischen Auswanderern wählten als Abfahrtsorten 1471 Bremen, 1236 Hamburg und 8 wurden von fremden Häfen gemeldet. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl des Landes ist die sächsische Auswandererziffer wiederum unter dem Durchschnitt geblieben mit 53,6 (1927: 60,5) Auswanderern auf je 100000 Einwohner, gegenüber der Reichsdurchschnittsziffer von 88,9. Vergleichsweise seien hier weiter genannt der preussische Durchschnitt von 61,8, von preussischen Provinzen Niederschlesien mit 34,6, Brandenburg mit 35,4, Sachsen mit 32,3, Hannover mit 126,7 und von anderen Ländern Thüringen mit 61,5, Bayern mit 142,1, Württemberg mit 179,0 und Baden mit 204,9. Die monatliche sächsische Auswanderung schwankte zwischen 140 Personen im Dezember und 342 im Oktober; auch im März war die Auswandererziffer mit 336 besonders hoch und im Juli mit 157 sehr niedrig. Die Kurve, die man bei graphischer Auswertung der Monatsziffern erhält, weist die charakteristischen Gipfel im März, Mai und Oktober und die auffallenden Senkungen in den Monaten Juni, Juli und August und vor dem Weihnachtsfest auf. — Im ersten Monat dieses Jahres wanderten 247 Personen aus Sachsen nach Übersee aus, das entspricht fast genau der Zahl (246) des gleichen Monats im Vorjahr. Die sächsischen Auswanderer stammten, soweit das bisher vorliegende statistische Material erkennen läßt, zum größeren Teile aus der Industrie, und hier wiederum aus der Metallindustrie, Feinmechanik und Elektrotechnik. Es gingen also in besonderem Maße qualifizierte und hochqualifizierte Arbeiter der deutschen Industrie an das Ausland verloren. Nächststark vertreten war die Wirtschaftsgruppe Handel und Verkehr und erst an dritter Stelle folgte bei den sächsischen Auswanderern die Gruppe der Landwirte.

Sind die Bezeichnungen „Pulsniher Pfefferkuchen“, „Pulsniher Honigkuchen“ Herkunftsbezeichnungen?

Den Mitteilungen der Gewerbekammer Zittau entnehmen wir:

Zu der Frage, ob die Bezeichnung „Pulsniher Pfefferkuchen“ oder „Pulsniher Honigkuchen“ als Herkunfts- oder als Gattungsbezeichnung (Beschaffensangabe) anzusehen ist, hat die Kammer in einem Schreiben an die Pfefferkuchler-Sinnung Pulsnitz erklärt, daß hierfür die Auffassung der jeweils beteiligten Kreise, also nicht bloß der in Frage kommenden Erzeuger, sondern auch der Händler und Verbraucher, ausschlaggebend ist. Es kommt darauf an, ob in den erwähnten Bezeichnungen ein Hinweis auf ein besonderes Herstellungsverfahren als gegeben erachtet wird oder ob Händler und Verbraucher diese Bezeichnungen dahin auffassen, daß die Honig- und Pfefferkuchen aus Betrieben in Pulsnitz selbst stammen. Es ist möglich, daß sich eine Herkunftsbezeichnung zu einer reinen Gattungsbezeichnung entwickelt, vor allem dann, wenn sie erklärende Zusätze enthält, ohne daß eine irreführende Heraushebung oder schlagwortartige Verwendung der auf die Herkunft hinweisenden Worte erfolgt. Um eine solche Bezeichnung dürfte es sich aber im vorliegenden Falle nicht handeln. Der Ausdruck „Pulsniher Pfefferkuchen“ oder „Pulsniher Honigkuchen“ ist vielmehr als reine Herkunftsbezeichnung anzusehen. Bei der Volkstümlichkeit und der weiten Verbreitung der Erzeugnisse der Pulsniher Pfefferkuchler nimmt vor allem auch das Publikum ohne weiteres an, daß es sich bei der Bezeichnung „Pulsniher Pfefferkuchen“, „Pulsniher Honigkuchen“ nicht um Erzeugnisse handelt, die irgendwo nach einem in Pulsnitz gebräuchlichen Verfahren hergestellt worden sind, sondern in diesem Ort selbst erzeugt worden sind. Den Mitgliedern der genannten Sinnung steht somit der Schutz ihrer Bezeichnungen als Herkunftsbezeichnungen aus den §§ 3 und 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb sowie gegebenenfalls aus § 16 des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen zu. Sofern Gewerbetreibende, die in anderen Orten ansässig sind, sich der eingangs erwähnten Bezeichnungen bedienen, laufen sie Gefahr, daß gegen sie Klage auf Unterlassung oder Schadenersatz erhoben oder auch strafrechtlich vorgegangen wird.

Zum Schlachthoffskandal.

Im Zusammenhang mit den bereits gemeldeten Festnahmen von sieben Sanitätsgehilfen des Schlachthofes in Leipzig ist jetzt auch ein Hausknecht verhaftet worden, von dem man glaubt, daß er beim Vertrieb der aus dem Schlachthof widerrechtlich entfernten kranken Lebern und Därmen beteiligt gewesen sei. — Der Rat der Stadt Leipzig legt Wert auf die Mitteilung, daß diese Vorkommnisse um Jahresfrist zurückliegen und daß seit dem Dienstantritt des jetzigen Schlachthofmeisters der Sanitätsanstalt im Schlachthof die Aufsicht so verschärft worden sei, daß an Durchstechereien dieser Art nicht mehr gedacht werden könne.

Wadere Tat eines jugendlichen Sportlers.

Am 3. Januar ereignete sich im Riesengebirge ein Unglück, dem ein Menschenleben (Herr Lauz-Leipzig, Jugendmitglied des Sportklubs Wacker-Leipzig) zum Opfer fiel. Die seitens des begleitenden Freundes unternommenen Rettungs-

versuche blieben trotz aller Aufopferung und Zurückstellung der eigenen Person leider ohne Erfolg.

Der Name des tapferen Helden in der Not ist Heinz Friedemann-Leipzig. In Anerkennung seines vorbildlichen Verhaltens hat ihm der Leipziger Sportklub Wacker, dessen Juniorenmitglied auch er ist, die Silberne Ehrennadel des Vereins überreicht, eine Auszeichnung, die an Mitglieder in solch jugendlichem Alter sonst nie verliehen wird. Zweifellos verdient das Beispiel wahrer Sportkameradschaft, das der junge Sportler gegeben hat, auch in weiteren Kreisen bekannt und anerkannt zu werden.

Die deutsche Volkssportbewegung.

Aus der allgemeinen Not des Volkes, vor allem der körperlichen und seelischen Not der Jugend entstanden und organisch gewachsen, ist sie, wie schon der Name sagt, eine Bewegung und kein Verband. Frei von vereins- und verbandsmäßigen Bindungen, dient sie dem ganzen Volke, nicht nur den bestehenden Turn- und Sportvereinen, sondern vor allem den zahlreichen anderen freien Organisationen, sowie den Nichtorganisierten. Das weite Arbeitsfeld ist in erster Linie das Neuland, die Millionen, welche den Leibesübungen noch fernstehen.

Ihr Ziel ist angeht die Tatsache, daß alles, was in sämtlichen Turn- und Sportvereinen zusammengeschlossen ist und systematisch Leibesübungen treibt, nur fünf Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. Die Verbreitung einfacher Leibesübungen ganz besonders auf dem Lande, wo noch ein sehr großes Brachfeld zu bedauern ist. Kleinarbeit tut not! Die Stärke des Volkssportes liegt in der Einfachheit der auf Grund langjähriger Erfahrungen ausgewählten Übungen, der leichten Erlernbarkeit und leichten Durchführbarkeit an allen Orten ohne besondere kostspielige Vorbereitungen. An Stelle des Sportplatzes genügt eine Koppel, Waldböcke, leichten Endes jeder freie Platz — an Stelle der Turnhalle ein Saal, eine Scheune oder ein Schuppen.

Das Rückgrat der Bewegung bilden die 14 Volkssportschulen, welche fast in allen Ländern und Provinzen tätig sind. Es gab bisher zwei Hochschulen für Leibesübungen und einige Landesturnanstalten, aber noch keine Volkssportschulen. Woran es allenthalben fehlt und noch lange fehlen wird, das sind die nötigen Übungsleiter. Solche in 14-tägigen Lehrgängen heranzubilden, ist die Hauptaufgabe der Schulen. Auf ihnen wurden bis Ende Dezember 1928 insgesamt 455 Lehrgänge mit 10159 Teilnehmern ab-

Wovon man spricht.

Ein „Fall“, der ein Welches verdient. — Wer ist die beste Hausfrau? — Der vernünftige Ausgang einer unvernünftigen Liebesgeschichte. — Ein Reifezeugnis ohne Prüfung.

Zusammenbruch — dieses fürchterliche Wort steht über dem Lebensschicksal des Farmers Langkopp: Zusammenbruch des materiellen Wohlstandes, Zusammenbruch der seelischen Widerstandskraft, Zusammenbruch aller Ideale, um derentwillen er Kampf und Arbeit auf sich genommen hatte, Zusammenbruch auch des heiß geliebten Vaterlandes, das im Chaos der Not und der allgemeinen Verelendung seinen Söhnen den Dank schuldig blieb. Ein Mann, der 5000 Morgen und 400 Kinder besaß, muß jahrelang die schwersten Bittgänge machen und die Schwellen unzähliger Amtsstuben belagern, um dem verarmten Staate ein paar Bettelpennige abtrotzen zu können — der verarmte Deutsche dem verarmten Deutschland, der vom Feinde bis aufs Hemd ausgeplünderte deutsche Krieger dem besiegten Reiche, das derselbe grausame Feind in schwerste Knechtschaft stürzte. Zeugen traten auf. Für wen oder gegen wen legten sie Zeugnis ab? — Für oder gegen Langkopp, dem am Ende aller Leiden und Enttäuschungen jedes Mittel recht schien, sich sein vermeintliches Recht vom Staate zu holen? — Für oder gegen den Staat und seine Beamten, die durch Gesetzesbestimmungen gebunden sind und für die selbst die redlichstem Willen der Mensch und sein persönliches Schicksal vor dem „Fall“ und den über ihn geführten Akten zurücktreten? — Da trat ein 76-jähriger Zeuge auf, ein Geheimrat im sächsischen Hofrat, ein Vertriebener aus dem Elsaß — ein Bettler, der sich mühsam an zwei Stöcken vorwärtsstapelte, dem der Hunger wiederholt in den brennenden Eingeweiden gewühlt hat, und der doch einst ein Vermögen von einer halben Million besaß. Wer ist der Schuldige an dem unglücklichen Jammerbilde, das dieser Greis dem Gerichtssaal und darüber weit hinaus unserem ganzen Vaterlande, ja der Welt bot? — In grauer Urzeit fraß der Sieger den Besiegten auf. Der Gegenwartsmensch nennt sich stolz Kulturträger. Die Vererbung des persönlichen Eigentums und die kaltblütige Ausplünderung eines ganzen Volkes, die die „Sieger“ des Weltkrieges zum ehernen „Rechtstitel“ stempelten, zeigen, daß die Vernichtungsinстинkte des Menschen in verfeinerter Form fortwuchern. Kein Schicksalsgenosse Langkopp — und in Schicksalsgemeinschaft mit ihm befindet sich fast das ganze deutsche Volk — wird vom deutschen Staate Redenschäft mit der Waffe in der Hand verlangen. Wohl aber sollte diese Schicksalsgemeinschaft dazu führen, daß wir alle Mann für Mann in unseren Herzen Anklage gegen den Siegerübermut erheben, der den Triumph seiner Vernichtungsinстинkte nicht etwa bloß auf den Trümmern Deutschlands, sondern der Weltkultur feiern wird.

Endlich ein Rekord, der sich sehen lassen kann. In der Reichshauptstadt fand ein „Reichswettlochen“ statt. Es wurde die Meisterschaft am Gasherde ausgetragen. Das Fuhrn in 6 Minuten! Das ist auch eine Leistung; und die stolzen Helden der 6-Tage-Rennen, der Voger- und Schönheitswettbewerb mag ein leichtes Gefühl der Beschämung beschleichen. Es ist wirklich an der Zeit, daß man unserer Zeit die Bedeutung der Hausfrau vor Augen führt. Es fragt sich nur, ob es denn durchaus wieder ein Rekord sein muß, der uns die Schönheit der Hausfrauentugenden offenbart. Die Siegerinnen in der Meisterschaft am Gasherde werden

gehatten. Außerdem wurde in kurzfristigen Lehrgängen im Lande annähernd die gleiche Anzahl von Teilnehmern in die Praxis und das Wesen der Leibesübungen eingeführt.

So füllen diese Schulen nach dem Urteil sachkundiger Persönlichkeiten eine Lücke aus, welche bisher weder von den Turn- und Sportverbänden, noch von den Behörden ausgefüllt werden konnte. Der Volkssport ist kein Wettbewerb für die bestehenden Turn- und Sportvereine, sondern hat sich als Schrittmacher für diese, als notwendige Ergänzung erwiesen. Die Schulen arbeiten in den Ländern und Provinzen mit einer Gesellschaft zur Förderung volkstümlicher Leibesübungen zusammen, welche sich vor allem um die Aufbringung der nötigen Mittel bemüht, die bisher nur dank der Opferwilligkeit weite Kreise aufgebracht werden konnten und die Arbeit im Lande in Verbindung mit der Jugendpflege organisieren. Die ganze Bewegung ist in der Reichsarbeitsgemeinschaft Volkssport unter dem Ehrenvorsitz des Herrn Staatsministers a. D. Dominicus zusammengeschlossen; mit der Deutschen Turnerschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen; die innere Bindung besteht in der gemeinsamen Pflege des Jahrbüchchen „Geistes“.

Große (H. T. B. Leipzig) Sieger im Frühjahrswaldlauf.

Zum Leipziger Frühjahrswaldlauf der Turner, der vom Großhain Leipzig veranstaltet wurde, hatten 254 Teilnehmer und Teilnehmerinnen von 50 Vereinen ihr. Meldung abgegeben. Sieger im Lauf der Hauptklasse, der über 7,7 Kilometer führte, wurde Große vom H. T. B. Leipzig in 25:24,2 Inapp vor Schüler (B. f. L.) 25:24,7. Die Ergebnisse: Hauptklasse 7,7 Kilometer: 1. Große-H. T. B. Leipzig 25:24,2; 2. Schüler-B. f. L. 25:24,7; 3. Rohdenberg-Zwinnau 25:36,3. Altersturner, 89 und früher: 2 Kilometer: 1. Gehart-Ronwitz 8:20,3; 2. Friede-Böhlig 8:22,3. — 97/90: 2,5 Kilometer: 1. Jörn-Gytha 10:45,9; 2. Weisfel-Lindenau 10:53,4. Jungmänner 3,8 Kilometer: 1. Geißler-Borna und Kauf-Lindenau in totum Rennen in 12:03,2; 2. Schäfer-Engelsdorf 12:06,7; Turnerinnen 1,5 Kilometer: 1. C. Leuschel-Jugend Lindenau 6:22,2; 2. L. Hininger-Jugend Lindenau 6:26,4.

Der Sport des Sonntags stand im Zeichen des Rasensports, der durch das nun endlich sich durchsetzende Frühlingswetter begünstigt, sehr gute Leistungen bot. In Berlin fand vor ungefähr 1500 Zuschauern das erste Entscheidungsspiel um Berlins Fußballmeisterschaft statt. Hertha-B. S. C. gewann gegen Tennis Borussia 1:0.

gewiß in puncto Gasesparnis und Kochkunst unübertrefflich sein, aber „Hausfrauen-Sport“ betreiben, heißt doch nicht Hausfrau sein. Die Hausfrau — sagt es denn nicht schon der Name — gehört ins Haus. Dieser bewusste Rückzug vor der Öffentlichkeit macht die Frau zur Trägerin des Familienlebens und damit zur Weltüberwinderin, vor der sich der Mann in scheuer Ehrfurcht beugt, weil er, dem die Außenwelt im täglichen Kampf ums Dasein heftig zusetzt, in der Geborgenheit seines Heimes die zuverlässige Rückendeckung für diesen Kampf findet. Hausfrauen-Wettbewerbe und Meisterschaften kann es überhaupt nicht geben, weil jede Hausfrau nur für ihr Haus da ist, weil sie infolgedessen unvergleichlich und unvergleichbar ist. Und wenn die ganze Welt eine Hausfrau für die beste erklärte, der Mann aber, dessen Haus sie vorsteht, sich diesem Urteile nicht anschließt, — könnte dann wohl noch von einer Hausfrauen-Meisterschaft die Rede sein? —

Irgendwo in einer Stadt gab es zwei Lehrlinge, ein junges Kontorfräulein und einen Chef. Der eine Lehrling schrieb dem anderen einen bitterbösen, bitterernsten Brief: einer von beiden sei zuviel auf dieser Welt, weil eben das besagte Kontorfräulein auf ihr wandle, das doch nur einem gehören könne. Mit einer Schreckschußpistole wollte dann der bitterböse und bitterernste Jüngling das Problem lösen, für wen von den beiden der von der Menschheit bewohnte Weltkörper nicht ausreichend sei. Der augenscheinlich sehr ernste, aber gar nicht böse Chef entschied dieses Problem wie folgt: Der Briefschreiber bekam ein paar hinter die Ohren; das Kontorfräulein wurde entlassen, da es sich herausstellte, daß es mit beiden Jüngelchen sein leichtsinniges Spiel getrieben hatte. Die Herren Lehrlinge vertrugen sich daraufhin und sind jetzt der sehr vernünftigen Ansicht, daß die Erde keiner gewaltigen Vergrößerung bedürfe, um sie beide tragen zu können. Diese Liebesgeschichte atmet eine so köstliche Gesundheit und Frische, daß sie fast wie ein Märchen anmutet. Man tut der Jugend einen schlechten Dienst, wenn man alle ihre Angelegenheiten für Weltereignisse ansieht: damit züchtet man dann ein Geschlecht, das wegen einer „Bier“ in der Schule zum Revolver greift oder eines unerhörten Seufzers wegen alle Lebenslust verliert und sich einen liebesfatten Methusalem dünkt.

In Gießen hat ein Unterprimaner auf Grund seiner wissenschaftlichen Arbeiten auf geologischen Gebiete das Reifezeugnis ohne Prüfung erhalten. Hier scheint wirklich einmal das zu Tode gehegte Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ befolgt worden zu sein. „Ohne Prüfung“ bedeutet in diesem Falle ohne formelle Prüfung, denn in Wirklichkeit sind die wissenschaftlichen Arbeiten dieses Schülers eine bessere Reifeprüfung als jedes noch so strenge offizielle Examen. Lassen wir es im Leben leider nicht allzuoft bei den formellen Prüfungen bewenden? — Lassen wir uns nicht oft von der abgestempelten und verbrieften „Tüchtigkeit“, von Zeugnissen, Titeln und Examina blenden, ohne die wahre Lebendigkeit unvorweggenommen an Hand der wirklichen Leistungen und Fähigkeiten zu prüfen? — Zeugnisse, Bänderweihen und Weisheitstitel sind kein untrüglicher Prüfstein für die Tauglichkeit in allen Lebenslagen. Darum heißt uns, daß wir einmal einen Menschen „ohne Prüfung“ in Wahrheit auf Herz und Nieren geprüft haben. Ca.



Das Urteil im Langkopp-Prozess

5 Monate Gefängnis, aber dreijährige Bewährungsfrist

Nach 2 1/2stündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Ziegel am Montag das folgende Urteil im Fall Langkopp:

Der Angeklagte Loos wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Angeklagte Langkopp wird von der Anklage des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz freigesprochen; im übrigen wegen des Vergehens auf Nötigung und Bedrohung in je einem Falle und wegen verbotener Waffenbesitzes zu fünf Monaten Gefängnis und zu 50 Mark Geldstrafe, eventuell für je 25 Mark zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Von der erkannten Strafe gelten zwei Monate und zwei Wochen und die Geldstrafe als verbüßt. Der bei der Tat benutzte Tropenkoffer, das Schwarzpulver und die Schusswaffe werden eingezogen. Für den Rest der Strafe wird dem Angeklagten Langkopp eine Bewährungsfrist auf drei Jahre erteilt.

Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß das Gericht der Verteidigung darin nicht gefolgt ist, wonach auf Langkopp der strausauschließende Notstandsparagraph Anwendung finden könne. Wohl aber seien bei der Abmessung des Strafmaßes die seelischen Leiden durchaus berücksichtigt worden, die den Angeklagten schließlich zu dieser Verzweiflungsstat getrieben hätten.

Der Strafantrag.

Der Staatsanwalt Dr. Köhler hatte gegen den Angeklagten Langkopp wegen räuberischer Erpressung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten, wegen Nötigung eine Gefängnisstrafe von einem Monat und wegen unbefugten Waffenbesitzes eine solche von zwei Wochen beantragt. Er hatte gebeten, diese Strafe zusammenzuziehen in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft von zehn Wochen. Er beantragte ferner die Freisprechung des Angeklagten Loos, da die Beihilfe zur Tat nicht erwiesen sei. Für den größten Teil der Strafe sei bei dem Angeklagten Langkopp zweifellos Bewährungsfrist oder eine Begnadigung am Plage.

Die Montagverhandlung begann mit der Vernehmung einiger Leumundszeugen für den Angeklagten. Darauf wurde die Beweisaufnahme endgültig geschlossen, und Staatsanwalt Dr. Köhler begann seine Anklage. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß auf der einen Seite traglos ein tiefes Mitgefühl mit dem Menschen Langkopp bestesse, der sich nach einer schweren Jugendzeit in Afrika bei Beginn des Krieges ein schönes Bestium erworben hatte, durch den Krieg seiner Existenz und seiner Heimat wieder beraubt war, und nun, seit etwa zehn Jahren, einen erbitterten Kampf um sein vermeintliches Recht führe. Auf der anderen Seite aber stehe die schwere Tat Langkopp's, die nicht gebilligt und nicht entschuldigt werden könnte, wenn man nicht einem Chaos das Wort reden wolle. Daraufhin wurden die beiden Verteidiger des Angeklagten, Dr. Luetgebrune und Dr. Frey, gehört, die Freisprechung Langkopp's beantragten.

Der Angeklagte habe nichts erpressen wollen im Sinne einer räuberischen Erpressung.

er habe niemand persönlich wehe tun wollen, er sei vielmehr damals am 2. März als ein völlig aufgeregter Mensch in größter seelischer Verzweiflung auf das Reichsentschädigungsamt gegangen, und was sich dann entwickelt habe, sei mit Paragraphen des Strafgesetzbuches nicht zu fassen. Langkopp sei wie die Hunderttausenden von Auslandsdeutschen ein Opfer des Vertrages von Versailles worden, und er hoffe zuversichtlich, daß nicht nur Loos, sondern auch Langkopp den Saal als Freigesprochene verlassen können.

Langkopp selbst gab zum Schluß die Erklärung ab: „Ich werde als deutscher Mann für mein Recht kämpfen, bis ich die Augen schließe.“

Nachwort zum Prozess Langkopp.

Aus Kreisen der Auslandsdeutschen wird uns zum Ausgang des Langkopp-Prozesses geschrieben:

Wieder einmal mußten wir einen Blick hinter die Kulissen des deutschen Lebens der Nachkriegszeit tun, einen Blick, aufschlußreich und gefährlich zugleich. Gefährlich wegen der großen Versuchung zu falscher Verallgemeinerung, gerade ausländische Zuschauer besonders leicht unterliegen können, aufschlußreich aber, wenn der Beurteiler es versteht verständnisvoll und unbeeinflusst von manchen Ueberreibungen radikaler Agitation aus dem sensationellen Einzelschicksal den wahren Kern allgemeiner Not herauszuschälen.

Diese Aufgabe sachlicher Urteilsbildung ist im Fall Langkopp leichter als in anderen Sensationsprozessen, weil hier der politischen Parteien Haß und Günst fast gar nicht mißspricht oder wenigstens nicht mißsprachen sollte. Das Problem der vertriebenen, enteigneten und entwurzelten Auslands-, Kolonial- und Grenzlandsdeutschen steht jenseit des Parteikampfes. In allen Lagern ist man sich wohl einig, in Abscheu vor der Tat und in Mitleid mit dem Täter, dem aus der Bahn geworfenen Afrikafarmer und Afrikatämpfer, einig auch in dem Bewußtsein, daß die Allgemeinheit es nicht dulden darf, wenn der einzelne sich sein wirkliches oder vermeintliches Recht mit Gewalt zu holen sucht.

Verlassen wir also den Angeklagten Langkopp und wenden wir uns jener vielgeschmähten Behörde zu, die zeitweilig der eigentliche Angeklagte des Prozesses zu sein schien. Das Reichsentschädigungsamt hat vor äußerst schwierigen Aufgaben gestanden, doppelt schwierig natürlich für eine Jahre lang auf Abbau gestellte Behörde, dreifach schwierig, wenn nicht nur die Menschenträfte, sondern auch die auszuführenden Befehle unzulänglich sind. Unzulänglich gegenüber Vermögensverlusten von mehr als zehn Milliarden unzulänglich gegenüber der Not von rund 400 000 Geschädigten (mit Familien mehr als eine Million), die nicht nur, wie wir Inlandsdeutschen Vermögen und Erparnisse verloren haben, sondern meist darüber hinaus ihre gesamte Habe, selbst Möbel, Kleidung und Hausrat und noch dazu ein zerstörtes Lebenswerk zurücklassen mußten, und die dann mittellos, berufslos, wurzellos und heimatlos in ihr Vaterland zurückkamen, in dem sie sich nicht mehr zurecht fanden, und zwar in Verhältnisse, die auch für den Inlandsdeutschen immer unerträglicher wurden. Die Schrecken der Inflation blieben ihnen außerdem nicht erspart; sie fraß ihnen ihre ersten vorläufigen Entschädigungen weg. Nicht die sonnigen Gebiete, in denen ihnen eine Heimat und ein Lebenswerk geraubt worden waren, sondern die Korridore des Reichsentschädigungsamtes wurden die Stätte ihres Schicksals; in dieser Behörde verkörperte sich ihnen ein unverständliches und darum feindliches „System“, auf die Behörde entluden sie den ganzen Haß einer zerbrochenen und deklassierten Existenz. Als dann schließlich das Kriegsschadenschlußgesetz weit hinter bestehenden Erwartungen zurückblieb, als auch durch wochenlange Einstellung seiner Arbeiten der Entschädigungsausschuß des Reichstages keinen wesentlich besseren Gesekentwurf erzwingen konnte, da hat nicht nur einer Langkopp die Verzweiflung gepackt.

Was am meisten zur Verbitterung weiter Geschädigter freigebeigetragen hat, ist das augenfällige und für der Selbstbeteiligten schwer verständliche Mißverhältnis zwischen Reparationszahlungen und Liquidationsentschädigungen. Während das Reich unter stärkstem außenpolitischen Druck Milliarden über Milliarden für die äußeren Reparationsgläubiger aufbrachte mußten die Liquidationsgeschädigten zurückstehen. Dabei hatten sie — ähnlich wie die Ablieferer der Handelsflotte und die Zwangs-Sachlieferanten — aus ihrem fort-

genommenen Eigentum Deutschlands erste Reparationszahlung machen müssen. Ihre Entschädigung war noch dazu im gleichen Friedensvertrage vorgeschrieben wie die äußeren Reparationen. Diese Vorschrift des Artikels 297 haben die Reparationsgläubiger zehn Jahre lang als quantität négligeable behandelt. Soll das auch bei einer endgültigen Reparationsregelung so bleiben? Das ist die Frage, die sich aus dem Falle Langkopp für die Pariser Sachverständigenkonferenz ergibt. Wenn auch diesmal wieder die Reparationen ohne Rücksicht auf diese im Versailles Vertrag anerkannte und noch größtenteils erfüllte innere Schuld Deutschlands festgesetzt werden, dann werden die Liquidationen fortleben als Enteignung ohne Entschädigung, als Willkardenspekulationen, und mit der internationalen Sicherheit des Privateigentums wird es für Menschenalter zu Ende sein.

Berspätete Frühjahrbestellung.

Die Winterjaaten hatten einen außerordentlich langen und strengen Winter zu überstehen. Mit dem zweiten Drittel des Monats Dezember traten die ersten Fröste auf, denen beträchtliche Schneefälle folgten. Bald setzte ein Einbruch von Kälte aus Nordosten ein, der in Ostfachsen bis zu 17 Grad, im Elbgebiet bis zu 12 Grad Kälte brachte, die jedoch gegen Ende Dezember durch mildes Wetter mit Regenfällen für kurze Zeit abgelöst wurde. Mit Beginn des neuen Jahres herrschte wiederum ein von Schneefällen begleitetes Frost- und Winterwetter, das gegen Ende des zweiten Januar-drittels nur kurz durch Tauwetter und Regen unterbrochen wurde, gegen Ende des Monats aber unter reichlichen Schneefällen sich verschärfte. Die Temperatur erniedrigte sich infolge von Kaltlufteinbrüchen aus osteuropäischen Hochdruckgebieten und starker Ausstrahlung bei heiterem Himmel immer stärker, bis ein Einbruch polarer Luft über Nordosteuropa sie in der ersten Hälfte des Februars bis unter 20 Grad Frost in Mittel- und Westfachsen, bis unter 30 Grad in Ostfachsen herabdrückte. In der zweiten Hälfte des Monats Februar setzte eine Wetterlage mit geringerer Kälte und Schneefällen ein, die wiederholt durch eine kurze Verschärfung des Frostes unterbrochen wurde und bis in den März hinein anhielt. Bei häufigen Nachfrösten konnte das Tauwetter im Laufe des März nur langsam die Oberhand gewinnen. Unter der hohen Schneedecke haben die Saaten die außergewöhnlichen Fröste des Winters befriedigend überstanden. Auswinterungsschäden, die eine Neubestellung erforderlich machen werden, treten verhältnismäßig selten auf. Nachteilig wirkten sich jedoch die Nachfröste des März aus, die vielfach ein Gelbwerden der Saaten verursachten und die Entwicklung des gesamten Pflanzenwachstums bisher fast vollständig hemmten. Alee und Luzerne sind noch so wenig entwickelt, daß ein Urteil über ihren Stand kaum abgegeben werden kann. Auch die Wiesen zeigen noch kein Wachstum. Feldarbeiten konnten bis auf Düngerstreuen nur vereinzelt begonnen werden, da der bis in große Tiefe gefrorene Boden meist noch nicht vollständig aufgetaut und erst ungenügend abgetrocknet ist. Die Frühjahrbestellung wird daher erst im April vorgenommen werden können. An Schädlingen ist unter der Schneedecke der Schneeschimmel in dichtstehender Wintergerste und in Winterroggen bisweilen aufgetreten. Die Feldmäuse sind häufig überwintert. Die Maulwürfe haben sich vermehrt und arbeiten reger.

Für den Freistaat Sachsen wurden vom Statistischen Landesamt folgende Durchschnittsquoten errechnet (dabei bezeichnet 1 einen sehr guten, 2 einen guten, 3 einen mittleren, 4 einen geringen und 5 einen sehr geringen Stand): Winterweizen 2,6 (3,3), Winterroggen 2,6 (3,2), Wintergerste 2,8 (3,0), Raps 3,1 (3,2), Alee (auch mit Beimischung von Gräsern) 3,1 (3,4), Luzerne 3,0 (3,0), Be-Entwässerungswiesen 3,1 (3,4), andere Wiesen 3,1 (3,3). Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf Anfang April 1928.

Sonne und Mond.

11. April. Sonne: A. 5.15, U. 18.49; Mond: A. 6.01, U. 21.16.

Ihre Gardinen u. Gardinenstangen kaufen Sie doch im Gardinenhaus Wunderlich, Hauptmarkt



Roman von Fritz Tornegg
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Die Begrüßung des Ehepaars Mühlentamp durch den Hausherrn vollzog sich, wie erwartet, rasch in gemessener höflicher Form. Die Herren taten, als ständen sie einander in diesem Augenblick zum ersten Male im Leben gegenüber. Parler blieb somit im Glauben, von Mühlentamp nicht wiedererkannt worden zu sein. — Dieser fand ein befreundetes Ehepaar aus München, schloß sich an dasselbe an, und hielt sich von Parler tunlichst fern.

An der Mittagstafel nahmen hundertsechzig Personen teil. Parler hielt eine kurze Begrüßungsansprache, worin er für die Ehre des Besuchs durch Seine Hoheit und so viele vorragende und tonangebende Männer des Staatslebens, der Technik und Wirtschaft, die er in seinen Mauern begrüßen dürfe, den Dank aussprach. Dieses Zusammenkommen läme einem Kongreß aller maßgebenden und führenden Faktoren auf allen Gebieten des modernen kulturellen Lebens in Deutschland gleich. Er wünschte seinen Gästen anregende gegenseitige Aussprache. Den Künstlern stünden seine Sammlungen, den Gelehrten seine Bibliothek zur Benützung offen. Botaniker möchten die seltenen Gewächse in seinen Glashäusern, Zoologen die Terrarien würdigen. Für Industrielle seien Führungen durch verschiedene Parlersche Betriebe vorgesehen, worüber das Sekretariat alle Auskünfte bereitwilligst erteile. Für fünf Uhr werde ein

Tanztee vorbereitet. Um acht Uhr fände das gemeinsame Souper statt. Danach Gesangs- und Tanzdarbietungen erster Kräfte. Er nannte sodann die bekannten Namen einiger Stars der Oper und des Konzertsaals, sowie Sulamith d'Alber. In den späteren Abendstunden fände dann eine Illumination des Schlosses, ein Feuerwerk am Teichufer, Musikvorträge und gefelliges Zusammensein der Gäste mit Tanz in sämtlichen Repräsentationsräumen des Schlosses und im Park statt. Der Hausherr hoffe, seinen Gästen ein paar vergnügte Stunden zu bieten.

Starker Applaus dankte. Nachher hielten Seine Hoheit, ein berühmter Gelehrter von der Sorbonne und ein bekannter Großindustrieller, je eine kurze Ansprache, in welcher sie Parler als bedeutenden Menschen, unerreichbaren Organisator und als öffentlichen Wohltäter feierten, ihm für alles Gebotene dankten und allen Segen der Zukunft auf sein Haupt beschworen.

Das versammelte Publikum war in der Tat erlesen, wie man es selten beimammenfinden konnte. Die Stimmung war angeregt. Der Gesprächston verlör allmählich alles Steife. Es bildeten sich Gruppen in gleicher Richtung Interessierter, die sich glücklich schätzten, miteinander auf so ungezwungene Weise in Fühlung treten zu können. Die jüngeren Herren bemühten sich um die jüngeren Damen, die auch in ansehnlicher Zahl vertreten waren. Der Nachmittag verlief für die vielen Gäste — je nachdem — in regster Konversation, munterem Gepolauer, heiterem Flirt oder ausgelassenem Spiel. Die Diener verabfolgten Erfrischungen. In den Sälen und im Freien waren üppigbedachte Büfets aufgestellt. Zwischen den freiwachsenden Bäumen und Sträuchern waren die reichen Schätze der Glashäuser verteilt. Man befand sich in einem Blumenparterre von süßlicher Pracht. Der wolkenlose Augusthimmel tat das seine dazu, diese Illusion aufrechtzuerhalten.

Der Prinz hatte sich nach dem Essen auf zwei Stunden zurückgezogen. Parler bemühte diese Zeit, um Sulamith aufzusuchen. Lange war sie nicht zu finden. Sie hatte Bekannte aus der Künstlerwelt angetroffen, und unterhielt sich mit diesen.

Parler suchte sie in ihrem Zimmer, in den übrigen Schloßräumlichkeiten, auf der Terrasse, im Park, am Teich. Ja, er fuhr zum chinesischen Tempel hinüber, in der Hoffnung, Susanne dort zu finden. Umsonst. Wohl fragte er den und jenen. Aber es sollte nicht auffallen. Er ging zu den Tennisplätzen hinüber. Man zog ihn ins Gespräch, hielt ihn fest.

Nervös gab er zerstreute Antworten.

Da erblickte er Sulamith, umgeben von mehreren Herren und Damen, wie sie aus dem entlegensten Parkteil, vom jenseitigen Flussufer herüberkamen. Parler wollte sich freimachen. Da gefellten sich ein paar Damen zu seiner Gruppe; er mußte bleiben, um nicht unhöflich zu erscheinen. Endlich kam Violet vorbei. Er rief sie an, verstand es, sie an seine Stelle zu bringen, und sich rasch zu entfernen. Inzwischen hatte er Susanne wieder aus den Augen verloren. Mehr laufend, als gehend, traf er sie schließlich wieder auf der Terrasse, wo sie sich mit ihren Bekannten Eis geben ließ.

Parler setzte sich hinzu. Sulamith war äußerst gesprächlich, heiter und liebenswürdig, auch gegen Parler. Aber sie machte nicht die geringsten Anstalten, sich von ihren Freunden zu trennen, um Parler Gelegenheit zu einer Aussprache zu bieten. Der sah wie auf Nadeln. Mehrmals versuchte er durch einen Wink mit dem Zaunspfahl, Sulamith von seinem Wunsch zu verständigen. Sie mißverstand ihn gekliffentlich. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich wieder zu entfernen.

Einkommenssteuerermäßigung für ältere Gewerbetreibende

Den Mitteilungen der Gewerbekammer Zittau entnehmen wir:

Der Deutsche Müllerbund hat den Reichsverband des deutschen Handwerks gebeten, bei den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die Einführung gesetzlicher Bestimmungen zu beantragen, wonach alle Gewerbetreibenden mit einem jährlichen Einkommen bis zu 8000 RM zur Hälfte von der Einkommenssteuer zu befreien sind, sobald sie das 65. Lebensjahr vollendet haben, und ihnen die Einkommensteuer nach Vollendung des 70. Lebensjahres gänzlich zu erlassen ist.

Vollen Ersatz für das jetzt fehlende Suppengrün bietet die altbewährte Maggi-Würze. Tatsächlich genügen wenige Tropfen, um faden Fleischbrühen augenblicklich frischen Wohlgeschmack zu verleihen.

Aus der Geschäftswelt

Interessante Nachklänge zur Olympia in Amsterdam. Es ist selbstverständlich, daß wichtige Vorkämpfer, zu denen heute ohne Zweifel große sportliche Veranstaltungen gehören, im Bild festgehalten werden, damit sie auf diese Weise der Nachwelt erhalten bleiben.

Die Firma besonders praktische Sammelalben anfertigen lassen. Der Bezug erfolgt gegen Voreinlieferung von RM 1.— in Briefmarken.

Börse und Handel

Ämtliche sächsische Notierungen vom 8. April.

Dresden. Die Börse verkehrte in schwacher Haltung; Kursrückgänge überwogen. Niedriger lagen Vereinigte Photogenusschneide mit 14. desgl. Aktien mit 4, Zwickauer Baumwollspinnerei gegenüber ihrer letzten Notiz mit 13, Steinigt Sörnewitz mit 9, Gebe u. Co. mit 6,8, Polyphon mit 5,50, Reichsbank mit 5,50, Speicherei Niesu und Seidel u. Naumann mit je 4, Heidenauer Papierfabrik mit 4,65, Phönizia und Dresdener Strickmaschinen mit je 3, Vereinigte Zunder mit 2,50, Darmstädter Bank, Industriewerke Plauen, Zwickauer Kammgarn und Kunststoffsaltan Grob mit je 2 Prozent.

Leipzig. Die Börse verkehrte in schwächerer Tendenz. Das Geschäft war ruhig. Größere Verluste erlitten Leipziger Baumwolle und Schubert u. Salzer um je 5, Mansfeld und Kasseier Zute um je 4, Polyphon um 2,5 und Peniger um 2 Prozent.

Chemnitz. Die Börse zeigte eine lustlose Haltung, die Kursveränderungen gingen aber nach beiden Seiten hin nicht über 3 Prozent hinaus.

Leipziger Viehmarkt. Auftrieb: 736 Rinder, darunter 123 Ochsen, 213 Bullen, 336 Kühe, 64 Färken; 527 Kälber, 877 Schafe, 2742 Schweine. Verkauf: Bei Rindern und Schafen gut, bei Kälbern und Schweinen langsam.

Chemnitzer Viehmarkt. Auftrieb: 662 Rinder, darunter 117 Ochsen, 167 Bullen, 365 Kühe, 9 Färken, 2 Fresser; 641 Kälber, 177 Schafe, 2796 Schweine. Verkauf: Bei Rindern gut, bei Kälbern und Schafen mittel, bei Schweinen langsam.

bis 52, d) 68-75, e) 55-65; Schafe a) 72, b) 66-68, c) 56 bis 63, d) 40-52; Schweine a) -, b) 80-82, c) 78-82, d) 76-81, e) 77-78; Säuen 65-75.

Dresdener Produktenbörse.

Börzenzeit: Montag und Freitag nachmittags 2-4.30 Uhr.

Table with columns for product types (Weizen, Roggen, Mais, etc.) and price ranges for different grades and quantities.

Berliner Börse vom Montag.

Die Vorbörse hatte noch recht feste Tendenz, der offiziell Beginn war jedoch ausgesprochen schwach. Es ergaben sich im Durchschnitt Kursrückgänge von 1 bis 3 Prozent, bei Spezialwerten von 5 bis 8 Prozent.

Berliner Produktenbörse.

Auch am Montag fehlen Auslandsanregungen, so daß sie wenig verändert kleinen Fußboden vom Inlande infolge Beschäftigung der Landwirtschaft mit Feldarbeiten die Preise ungefähr wie am Sonnabend lauteten.

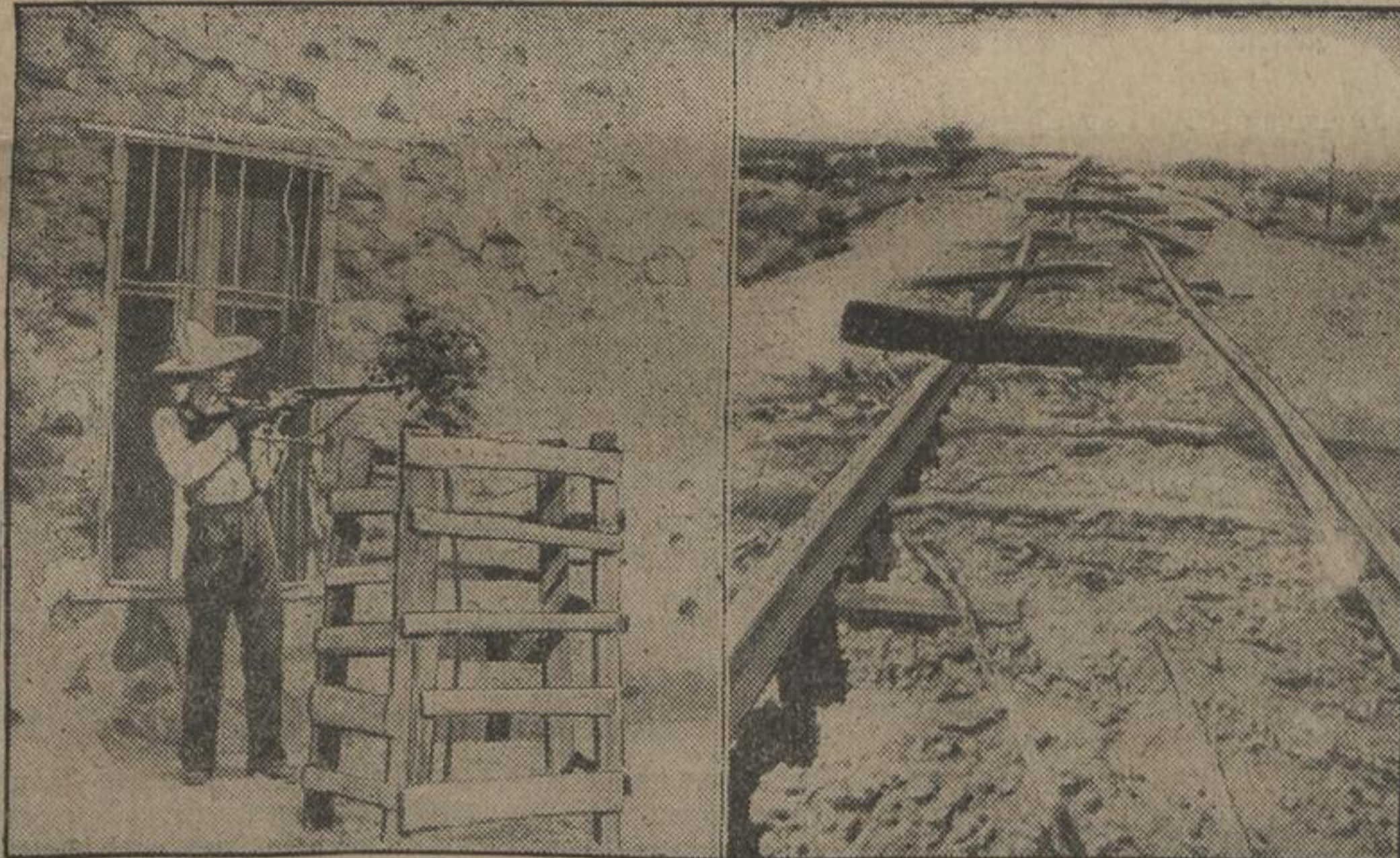
Ämtliche Notierung der Mittagsbörse ab Station.

Table with columns for various goods (Weizen, Roggen, Gerste, etc.) and their corresponding prices.

*) Secklitergewicht 74.50 kg. *) do. 69 kg.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission.) Die Preise verstehen sich in Pfennig je Stück ab Wagon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Kartoffelpreise. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ermittelte die Kartoffelpreispreise je Zentner waggonfrei märkischer Station wie folgt: Weiße Kartoffeln 2,50-2,60, rote Kartoffeln 2,90-3,20, gelblich-schwarze Kartoffeln (außer Nierenkartoffeln) 3,10-3,30 M. Fabrikartoffeln 10 bis 11 1/2 Pf. je Stückerprozent, (Ohne Gewähr.)



Der mexikanische Bürgerkrieg geht weiter.

Der Kampf zwischen den Rebellen und den Regierungstruppen in Mexiko hat auch nach vielen blutigen Schlachten, in denen die Aufständischen schwere Verluste erlitten, noch kein Ende gefunden.

Schicksalsfrahlen

Roman von Fritz Tornegg. Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

Er stieg in sein Zimmer, klingelte dem Diener, und gab ihm den Auftrag, Sulamith d'Hiver in diskreter Weise mitzuteilen, daß er sie zu sprechen wünsche, und in seinem Zimmer auf sie warte.

daß sie morgen früh sein Haus wieder verlassen konnte, sie, die er nur noch diese eine Nacht in seinen Mauern beherrschte, bei dem Gedanken, daß er sie für immer verlieren konnte, sträubte sich etwas Schmerzvolles in seiner Brust, schrie es auf in ihm, laut und weh, peinigend.

Er legte die „Tarn“ an seinen Körper, und eilte, fast die gebotene Vorsicht außer acht lassend, hinaus, den Weg entlang, auf dem er Susanne und den Prinzen vermutete. Bald hatte er das Paar eingeholt. Er herrschte sich unmittelbar an ihre Fersen. Gründend trat das prominente Publikum zur Seite. Fast aller Blicke folgten dem interessanten Paar.

(Fortsetzung folgt.)

Vortrag des Ozeanfliegers Hauptmann a. D. Köhl in Kamenz

Wie wir erfahren, ist es dem Turnverein Kamenz 1846 gelungen, einen der größten Deutschen der Gegenwart zu einem Vortrag über seine Heldentat nach Kamenz zu verpflichten. Es ist dies der bekannte, weltberühmte Ozeanüberflieger Hauptmann a. D. Hermann Köhl aus Berlin. Den geehrten Lesern dürfte es noch erinnerlich sein, wie wir nun fast vor Jahresfrist in unserer Zeitung meldeten, daß es wieder einmal Deutsche waren, denen es als Erste gelungen war, den Ozean von Europa nach Amerika zu überfliegen. Köhl, v. Hünfeld und der Frey Fitzmaurice waren diese Helden, die zur Ehre Deutschlands diese Heldentat vollbrachten. Es ist auch bekannt, wie diese Flieger in ganz Amerika und in den Hauptstädten Deutschlands gefeiert wurden. Am kommenden Donnerstag soll nun den Bewohnern der Amtshauptmannschaft Kamenz Gelegenheit geboten werden, diesen deutschen Helden persönlich kennen zu lernen und ihm als Dank für seine Tat zuzuhören wie in anderen Orten. Hauptmann Köhl spricht über seinen Flug und wird wahrheitsgemäß auch seinen im Juni geplanten Flug über Europa nach Amerika erwähnen. Der Vorverkauf der Eintrittskarten zu diesem Abend bei der Firma G. S. Krausche, Kamenz hat lebhaft eingeleitet, und es ist ratsam, sich rechtzeitig Karten zu verschaffen, wer diesen Helden sehen und sprechen hören will. Die Autos- und Bahnverbindungen zum Vortrag sind günstig. Nach dem Vortrag verkehren Sonderwagen nach Pulsnitz, Großhörn und Kitzschbrunn auf Wunsch. Die Eintrittspreise sind einschl. 30 % Bergsteuer (1) 1,95 RM Saal nummeriert, 1,50 RM Saal unnummeriert, 1.— RM Saalreihe, —65 RM Galerie.

Dr. Bernhard Blüher,

Oberbürgermeister von Dresden-N., Vorsitzender der sächsischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei und



stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Städtetages, feiert am 11. April seinen 65. Geburtstag.

Tagungen in Sachsen

Verbandsstag des Landesverbandes der sächsischen Presse.
Der Landesverband der sächsischen Presse hielt in Dresden seinen Verbandstag ab. Erschienen waren u. a. Ministerpräsident Held, die Minister Dr. Binger, Weber und Eisner sowie die ehemaligen Minister Kaiser und Kütz. Der Landesvorsitzende, Schriftleiter Dr. Bland, begrüßte die Erschienenen. Ministerpräsident Held wies in seiner Begrüßungsansprache auf das gute Verhältnis der Presse zur Regierung hin. Darauf hielt Prof. Dr. Erich Everth, Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft in Leipzig, einen Vortrag. Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, Gustav Richter, Berlin, beantwortete in kurzen Ausführungen die Frage „Was ist der Journalismus?“ dahin, der wahre Journalist müsse ein Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht sein. An die Begrüßungsfeier schloß sich ein geselliges Beisammensein. In der Hauptversammlung wurde an Stelle des sein Amt freiwillig niederlegenden Dr. Bland Schriftleiter Gräfe gewählt.

Vertretertag der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei Sachsen hielt in Dresden einen Vertretertag ab, in dessen Mittelpunkt Vorträge des Oberbürgermeisters Dr. Blüher über die Lage in Sachsen und des Reichstagsabgeordneten Dr. Schneider über die Lage im Reich standen. Die von Direktor Beck-Herrnhut geleitete Versammlung nahm die Ausführungen beider Redner mit großem Beifall auf. In ihren weiteren Beratungen stellte die außerordentlich stark besuchte Delegiertenkonferenz sodann ihre Vorschläge für die Kandidatensliste auf, deren endgültige Feststellung gemeinsam mit den beiden anderen sächsischen Wahlkreisen erfolgen soll. Mit Genehmigung begrüßte die Versammlung die Mitteilungen des Generalsekretärs Diekmann über den erfolgreichen Abschluß der Gemeinschaftsverhandlungen bürgerlicher Parteien hinsichtlich einer Zusammenarbeit in diesem Wahlkampf.

Jahrestagung der sächsischen Schreiber- und Gartenvereine.

In Bautzen fand bei starker Beteiligung aus dem ganzen Lande die 6. Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Sachsen der Schreiber- und Gartenvereine e. V. (Sitz Leipzig) statt. Vom Vorstand wurde eine Entschließung vorgelegt. Darin wurde vom Reich eine beschleunigte Verabschiedung des Entwurfs von Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen, eine reichsgesetzliche Regelung der Bodenfrage und damit eine zeitgemäße Neugestaltung der Kleingartenrechtlichen Bestimmungen gefordert. Von der Staatsregierung und dem Landtag wurde die endliche Verabschiedung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Allgemeinen Sächsischen Baugesetzes und darin die Bereitstellung ausreichender Kleingartenflächen, ferner die Bereitstellung ausreichender Staatsmittel zur Förderung des Schreiber- und Kleingartenwesens und der Schreiberjugendpflege verlangt, von den Gemeinden endlich die finanzielle Unterstützung bei Errichtung und Unterhaltung von Daueranlagen. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Tagung des Lebensmittel Einzelhandels.

Der Landesverband Sachsen im Reichsverband Deutscher Kaufleute des Kolonialwaren-, Feinstoff- und Lebensmittel-Einzelhandels hält am Mittwoch, den 24. April, im Städtischen Dörfchen seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach einer Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Karl Lauterbach-Leipzig, werden Vorträge gehalten: Reichstagsabgeordneter Generaldirektor Bornmann-Berlin über „Der Kampf um die wirtschaftliche Macht“, Legationsrat von der Dedden-Dresden über: „Die neuen Steuern“

Evangelischer Sachsentag in Meißen.

Am 5. Mai findet im tausendjährigen Meissen der evangelische Sachsentag statt, zu dem etwa 50 evangelische Landesverbände erwartet werden. Im Mittelpunkt der Tagung steht eine Feier auf dem Markt mit einem gemeinsamen Choral von Kirchchören mit über 4000 Sängern und Sängerinnen.

Massenkundgebung gegen die Kriegsschuldfrage

In der Breslauer Jahrhunderthalle wurde am Sonntag eine eindrucksvolle Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage veranstaltet. In einer Ansprache führte Oberst a. D. Schwert u. a. aus: Die Tätigkeit der Kriegervereine habe sich geändert. Für sie ständen jetzt die vaterländischen Aufgaben an der Spitze. Der Kyffhäuserbund mit seinen in 30 000 Vereinen zusammengeschlossenen 3 1/2 Millionen Soldaten habe mit seiner Kampferöffnung gegen die Kriegsschuldfrage eine bedeutungsvolle Tat vollbracht. Der Kampf gegen diese Lüge sei eine Lebensnotwendigkeit und vaterländische Pflicht. Sie müsse das ganze Volk in Einmütigkeit führen.

Folgende Entschließung wurde angenommen: Die mehr als 12 000 in der Jahrhunderthalle versammelten alten Soldaten und Gleichgesinnten aller Bevölkerungsschichten sind von dem ersten und einheitlichen Willen durchdrungen, den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage entschlossen zu führen und endlich eine Klärung dieser Schicksalsfrage unseres ganzen deutschen Volkes herbeizuführen.

Es gilt, die Grundlage des Diktates von Versailles zu erschüttern,

in dem die deutsche Wirtschaft und mit ihr unser ganzes deutsches Volk zu erstickend droht, das aber auch die Ehre unserer ganzen Nation aufs tiefste verletzt. Zur Rettung und Befreiung des deutschen Volkes gehören alle Volksschichten zusammen — im gemeinsamen Leid herbeigeführt durch die uns gemeinsam unrechtmäßig aufgezogene Schuld

Pilsudski beschimpft das polnische Parlament.

„Gebildete“ Ausdrucksformen eines Staatsoberhauptes.

Warschau. Das Pilsudski-Blatt Glos Prawdy sowie andere Blätter der Regierungspresse veröffentlichten einen nahezu zwei Seiten füllenden Artikel des Marschalls Pilsudski, in dem er sich in beispiellos scharfen Worten mit dem polnischen Sejm auseinandersetzt. Während der Sejmverhandlungen gegen Czechowicz, den polnischen Finanzminister, sei er selbst schwer krank und mit einem Fuß bereits im Grabe gewesen. Daher habe er sich nicht in vollem Maße um den Lauf der Dinge kümmern können. Czechowicz sei ein Mann, der die polnischen Finanzen in Ordnung gebracht und sogar Ueberflüsse erzielt habe. Ihn vor ein Gericht zu stellen, spote jeder Gerechtigkeit.

Der Gerechtigkeitsinstanz dieses Sejm sei mit dem der Kannibalen zu vergleichen,

die nicht den Schuldigen, sondern den „Fettesten“ ausuchten und zum Gegenstand ihrer Anklage machten. Die ganze Anzelegiertheit erkläre sich nur aus der Niedertracht der Sitten und Gebräuche des polnischen Parlaments. Der erste Sejm sei gewissermaßen eine Erziehungsanstalt für Zuchtlosigkeit und Hochverrat gewesen, während der jetzige zweite Sejm diese üble Ueberlieferung zum Teil übernommen habe. In ihm herrsche eine schlechte Luft und eine ungesunde Moral. Daher könne man mit ihm nicht verkehren, wie man etwa mit den Kindern aus einer Erziehungsanstalt nicht verkehren könne.

In seinen Räumen herrsche eine Krankheit, die man „Abgeordnetendiarrhöe“ nennen könne. Da sei die schlimmste Krankheit des polnischen öffentlichen Lebens, durch die die Arbeit der Minister mit dem Sejm zu einer unerträglichen Folter werde. Einer der fähigsten polnischen Minister habe einmal den Satz geprägt, daß man im Sejm das Gefühl habe, einem Käfig von böswilligen Affen gegenüberzustehen, die sich gar keine Mühe gäben, menschlich zu erscheinen.

Loblied Chamberlains über die europäische Lage.

London. In Anschluß an die Zusammenkunft mit Mussolini gewährte Sir Austen Chamberlain, der englische Außenminister, in Florenz einem englischen Berichtserstatter eine längere Unterredung, in der er ausführte, daß bezüglich der Sachverständigenkonferenz in Paris keine Vorschläge gemacht worden seien. Mussolini und er hofften, daß die Konferenz eine für alle Mächte annehmbare Lösung brächte, die dann einen weiteren Schritt in der Rückkehr zu den normalen Bedingungen ermöglichen würde. Auf die Frage, ob Chamberlain mit Italien sympathisierere, antwortete er, daß

zwischen England und Italien immer Sympathien bestanden hätten und daß keine schwerwiegenden Konflikte zwischen beiden Ländern beständen. Ueber die engen Beziehungen Englands zu Frankreich, die in Italien eine gewisse Unruhe hervorgerufen haben, sagte Chamberlain, daß er nicht der Auffassung sei, daß in der internationalen Politik die guten Beziehungen zwischen zwei Ländern den Interessen einer dritten Partei schädlich seien. Zu dem besonderen Vorwurf, der ihm stets gemacht würde, daß er zu freundschaftlich zu Frankreich sei, bemerkte er, daß er auf Grund dieser Freundschaft dazu beigetragen habe, daß die allgemeine Ausöhnung mit Deutschland“ erfolgte. Locarno sei die „erste Annäherung an Deutschland“ als gleichberechtigte Macht.

Geringe Frostschäden bei den Winterfrüchten.

Stand der deutschen Saaten Anfang April 1929.
Die von Mitte Dezember 1928 bis Mitte März 1929 anhaltende, ungewöhnlich strenge Kälte hat den Winterfrüchten allgemein nicht so großen Schaden zugefügt, wie vielfach zu befürchten war. Eine hohe Schneedecke hat den jungen Saaten zumeist genügenden Schutz gewährt, so daß sich die Auswinterungsschäden in normalen Grenzen halten dürften. Nur in Westdeutschland ist durch Kahlfröste einiger Schaden angerichtet worden.

Die Frühjahrsbestellung konnte erst nach Eintritt von Tauwetter Mitte März in Angriff genommen werden und ist daher noch sehr im Rückstande. Stellenweise wird über das Auftreten von Feldmäusen berichtet. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung der Winterfrüchte: Winterroggen 2,8 (im Dezember 1928 2,4), Winterweizen 2,9 (2,4), Winterjagel 2,6 (2,3), Wintergerste 3,3 (2,5).

Das „Bedienungsgeld“ in Gastwirtschaften

Das Bedienungsgeld in Gastwirtschaften ist, nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts, nicht ohne weiteres Eigentum des Kellners, wird vielmehr von diesem nur vereinnahmt und gehört dem Gastwirt. Dieser kann es aber dem Kellner überlassen, und wenn er das tut, so gilt das Geld als Lohn für die geleistete Arbeit, die dadurch als abgegolten zu gelten hat. Für die Urlaubszeit muß besonders Lohn gezahlt werden, da während dieser Zeit das Bedienungsgeld wegfällt.

Aus aller Welt.

Bereitetes Attentat auf den Gouverneur Roosevelt.

New York. In New York erregt der Fund einer Höllenmaschine auf dem Hauptpostamt großes Aufsehen. Sie war dazu bestimmt, den Gouverneur Roosevelt zu töten. Ein Postbeamter stieß beim Aufräumen der Postsendungen auf ein kleines, am Boden liegendes Paket, das an den Gouverneur Roosevelt adressiert war. Aus dem Paket drang Rauch hervor. Der argwöhnische Beamte warf das Paket ins Wasser und benachrichtigte sofort die Polizei. Detektive öffneten das Paket und fanden in einer Bombenschachtel eine sechs Zoll lange Bombe. Mit einer Feder waren drei auf mit leichtentzündbarer Masse bestrichenem Sandpapier liegende Streichhölzer verbunden. Es genügte ein leichter Druck, um die Feder in Gang zu bringen und dadurch die Streichhölzer zu entzünden. Der Postbeamte hatte durch den Stoß mit einer Stange die Höllenmaschine in Gang gesetzt, sonst hätte Gouverneur Roosevelt beim Öffnen des Pakets die Entzündung hervorgerufen.

In Larchmont im Staate New York zerstörte ein Feuer das Haus der Frau Hall, der Schwester des Gouverneurs Roosevelt. Die Polizei untersucht, ob ein Zusammenhang zwischen dem Brand und dem Anschlag auf Gouverneur Roosevelt besteht.

Ein Auto vom Zug erfasst.

Fünf Personen getötet.

Mainz. Am Sonntagabend wurde an dem Uebergang der Kreisstraße bei Babenhäusern an der Strecke Hanau—Erbach der Personentransportwagen der Familie Haud aus Schaafheim, Kreis Dieburg, von einem Personenzug überfahren. Zwei Insassen wurden sofort getötet, drei wurden schwer verletzt. Die Schwerverletzten, Heinrich Haud, dessen Frau und Kind, sind später ebenfalls gestorben, so daß sich die Zahl der bei diesem Unglück ums Leben gekommenen Personen auf fünf erhöht.

Der Unglückswagen wurde von dem 25jährigen Sohn des Kaufmanns Haud gesteuert. Das Auto wurde vom Zuge erfasst und überschlug sich. Unglücklicherweise explodierte der Benzintank, und der Wagen geriet in Brand. Die unter dem Wagen liegenden Insassen erlitten schreckliche Brandwunden.

Einzelarbeit in Jannowitz.

Die Dreslauer Justizpressestelle teilt über den Stand der Untersuchung in Jannowitz folgendes mit: Die Vernehmungen und sonstigen Ermittlungen in Jannowitz dauern an. Es wird in diesen Tagen mannigfache Einzelarbeit geleistet, deren Ergebnisse sich nicht zur Bekanntgabe eignen, da ihre Bedeutung erst bei Vorliegen des Gesamtergebnisses erkennbar werden kann. Die von einem Teil der Presse gemeldete Erkrankung des Verhafteten ist unrichtig und fast behoben.

Am Dienstag Lokaltermin auf Schloß Jannowitz.

Sirchberg, 8. April. In der Jannowitziger Mordaffäre findet heute Dienstag Lokaltermin auf Schloß Jannowitz statt. Außer den drei Berliner Kriminalbeamten, Kriminalrat Hoppe, Kriminalkommissar Braschwitz, Kriminalsekretär Meyer nehmen daran Oberstaatsanwalt Engel, Untersuchungsrichter Späthe und die beiden Schießscharverständigen Schmuderer und Dr. Brüning teil. Der Lokaltermin dürfte von größter Wichtigkeit sein.

Eine W.-C.-Steuer. Die Stadt Eisenberg in Thüringen baut eine Kläranlage, die am 1. Oktober fertig sein wird. Erst bei der Etatsberatung hat sich die Linksmehrheit der Stadtverordneten auf die Dedung der Kosten besonnen. Dabei kamen die Stadtverordneten auf den schlauren Gedanken, die Kanalgebühren um das Mehrfache zu erhöhen und eine besondere Steuer von jeder W.-C.-Anlage zu erheben.

Vierköpfige Fischerfamilie ertrunken. Im Schneesturm kenterte auf hoher See bei Hlbed ein mit vier Männern der Fischerfamilie Stoehwase aus Hlbed besetzter Hochseelutter. Sämtliche Fischer fanden den Tod in der See.

Voraussichtliche Witterung Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Wohlfeld bewölkt, vorübergehend etwas zur Unbeständigkeit neigendes Wetter. Geringer Temperaturrückgang, aber Flachland noch ziemlich mild. Vorwiegend schwache Winde, Gebirge mäßige nordwestliche Winde.